



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 26.

Berlin, den 29. September 1918.

13. Jahrgang.

Der Ministerfessel als Instrument des Klassenkampfes.

Berlin, den 24. September 1918.

Sie wollen mitregieren!

Die regierungssozialistische Partei gleicht in diesen Tagen jenen vielumworbenen Schönen, die das Manto an Tugend durch erhöhte Sprödigkeit zu ersehen suchen. Denn durch die bürgerliche Presse der sogenannten Mehrheitsparteien geht jetzt ein Liebeswerben, das darauf hinausläuft, die Scheidemann-Partei nun vollständig und in aller Form zu einer Anteilnahme an der Regierung des preußisch-deutschen Militärstaates zu veranlassen. Die schleichende Krise, die seit Jahr und Tag die innerdeutsche Politik zerfrisst, soll sich diesmal nicht wie im Juli 1917 zu einem Fieberanfall steigern, sondern man will vorsorglich mit beruhigenden Mitteln vorbeugen. Die militärische Situation, die außen- und innenpolitische Lage, kurz all die Wirkungen von 50 Kriegsmontaten, die die Stimmung des deutschen Volkes belasten, zwingen zu politischen Entscheidungen. Für Sozialisten, die auf dem Boden des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus stehen, ist die Richtung dieser Entscheidungen klar gegeben. Anders beim Regierungssozialismus. Er glaubt die Niesenrechnung des Weltkrieges für Deutschland dadurch liquidieren zu können, daß er als Teilhaber in die imperialistische Firma eintritt. Denn mag für die Reichsregierung ein Graf Hertling die Protur haben oder irgendein anderer, an der Tatsache, daß es sich um eine ausgesprochen kapitalistische Regierung handelt, ist nicht zu rütteln. Erschwerend kommt noch hinzu, daß Ereignisse der letzten Zeit haben es handgreiflich gezeigt, diese Regierung die kapitalistischen Interessen mit den Methoden des vormärzlichen Polizeistaates „potenziert“ durch die Diktatur des Kriegszustandes, wahrnimmt. Wenn in der regierungssozialistischen Presse gesagt wird, daß es derselbe Faden und dieselbe Nummer sei, wenn eine neue Regierung ohne die Sozialdemokratie gebildet werde, so sagen wir, daß selbst mit sozialdemokratischen Ministern derselbe Faden und dieselbe Nummer weiter gesponnen wird.

Nach Zeitungsberichten soll vor einigen Tagen Herr Ebert in Frankfurt a. M. in einer Unterredung mit dem Führer der holländischen Reformsozialisten Troelstra eine furchtbare Drohung ausgestoßen haben: Wenn in aller nächster Zeit im Herrenhaus nicht die Wahlreform zustande käme, werde seine Partei in die allerschärfste Opposition treten. Einen Vorgeschmack von dieser Opposition gibt jetzt schon das Schachern und Feilschen um ein oder zwei Ministerportefeuilles. Und wenn jemals, so ist es jetzt bitter notwendig, der deutschen Arbeiterklasse über das diplomatische Ränkepiel jener sich noch Sozialisten nennenden Parlamentsdiplomaten die Augen zu öffnen. Wenn für uns nur das enge Parteiinteresse in Betracht käme, so könnten wir nichts sehnlicher wünschen, als daß die Ministerträume der Scheidemannier recht bald Wirklichkeit würden. Sehr bald käme dann an den Tag, daß ihre ganze Renommisterei mit ihrem Einfluß eitel Lug und Trug sei. Aber uns liegt daran, daß im Interesse des Weltfriedens, des internationalen Proletariats und damit auch des deutschen Volkes jetzt im 5. Kriegsjahr endlich eine klare Erkenntnis der bestehenden Machtverhältnisse Platz greife und daß aus dieser Erkenntnis heraus die Arbeiterklasse Deutschlands die Folgerung ziehe, die einzig und allein die Herbeiführung des Friedens bedeuten könne. Und zwar nicht eines „Verständigungsfriedens“, der durch die Listen und Ränke der Geheimdiplomatie und durch die Interessen der heutigen Klassengesellschaft zurecht-

gesponnen wird, sondern eines Friedens, der allein die Möglichkeit eines wirklichen Völkerbundes erschließt, eines Friedens auf der Grundlage des internationalen Sozialismus.

Jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, läßt sich noch nicht absehen, ob ein Scheidemann oder Ebert oder sonst irgendeine regierungssozialistische Größe ihr Domizil in der Wilhelmstraße aufschlagen werden. Daß diese Herren aber im Prinzip dafür zu haben sind, ist am 23. September in einer Sitzung der regierungssozialistischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses festgelegt worden. Natürlich stellt man seine Bedingungen. Ein „Minimalprogramm“, wie es Herr Stampfer nennt. In Wirklichkeit ein Programm, in dem auch nicht eine Spur sozialistischen Geistes mehr zu finden ist, ein Programm, das der Totenschein jeder selbständigen politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse ist. Die Reichstagsfraktion hat mit 55 gegen 10 Stimmen und der Parteiausschuß mit 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Parteimitgliedern in eine etwa neu zu bildende Regierung von folgenden Bedingungen abhängig zu machen:

1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Völkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;
2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegros;
3. die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, bei Friedensschluß sind die besetzten Länder frei zu geben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;
4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht, der preussische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausauschusses hervorgeht;
5. Einseitigkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteilichkeit entsprechen; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzutellen;
6. sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden (Fragen der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial), Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden, Befestigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

Wie sich die Blockbrüder des Regierungssozialismus zu diesen Bedingungen verhalten, ist zurzeit noch nicht bekannt. Grundsätzlich ist man sowohl beim Fortschritt wie im Zentrum für eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung. Auch in nationalliberalen Kreisen hat man wenig dagegen zuwenden. Man darf daher

heute schon prophezeien, daß jetzt einige Tage getuschelt wird und daß schließlich auch der über-schlaue Regierungssozialismus manches von seinem Minimalprogramm unter den Tisch fallen läßt, nur um den Anschluß nicht zu verpassen.

Was dabei herauskommen wird.

Wir wollen heute darauf verzichten, zu untersuchen, welche psychologischen Motive bei diesem regierungssozialistischen Drang nach dem Ministerfessel ausschlaggebend sind. Gegen wir ihm das beste und uneigennützigste Motiv zugrunde: das Bestreben, eine demokratische Regierung zu schaffen, um damit der Möglichkeit von Friedensverhandlungen näher zu kommen. Aber selbst bei dieser Annahme muß jedem, der das ABC des Sozialismus nicht ganz vergessen hat, klar sein, daß dies ein Versuch am ungeeigneten Objekt bleiben muß, dem Regierungssozialismus ist jede Orientierung nach den ökonomischen Grundgesetzen des Marxismus verloren gegangen. Gerade in einer Zeit, in der überall, wohin man blickt, Macht gegen Macht steht, sollte sich eine politische Partei, die angeblich eine Klassenkampfpartei geblieben sein will, darüber klar sein, daß sie in einem Staate, in dem die Interessen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes noch so übermächtig auftreten können, in dem die Demokratie durch einen kaum verhüllten Absolutismus an die Wand gedrückt wird, die Aufgaben, die die Massen nach dem ehernen Ruf der Geschichte zu erfüllen haben, dadurch aus der Welt schafft, daß sie in einige bürokratische Pöstchen der Regierung dieses Staates eintritt. Und das um so weniger, als ein solches Ministerpiel von sehr kurzer Dauer sein würde, da es einer zufälligen Konstellation der Kriegslage sein Dasein verdankt.

Auf die Einzelheiten, die in den oben angeführten Bedingungen enthalten sind, wollen wir nicht näher eingehen. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien sich im großen und ganzen mit diesen Bedingungen einverstanden erklären. Aber ein solches Lippenbekenntnis ist noch lange keine Bewirkung der Forderungen. Wir können uns beim besten Willen nicht vorstellen, daß die Krone, der die Verfassung in den wichtigsten Fragen des Völkerebens alle Vollmacht gibt, daß das Groß- und Finanzkapital, daß der Großgrundbesitz, daß die Militärkaste und die Bürokratie sich durch papierne Erlasse und parlamentarische Redekünste eines Staatssekretärs namens Scheidemann oder Ebert nur ein Quentchen ihrer Macht ablaffen lassen. Ganz zu schweigen von der passiven Resistenz, die das große Heer der Landräte usw. einer solchen zu einem Viertel oder einem Sechstel sozialdemokratischen Regierung leisten würde.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein: auch unter sozialdemokratischen Ministern wird ihr Los daselbe bleiben. Sie wird weiter Hunger und Entbehrungen, bürokratische Bevormundung und politische Entrechtung über sich ergehen lassen müssen, auch wenn Sozialdemokraten Minister geworden sind. Ihr Heil liegt nur im eigenen politischen Handeln.

Und wie wenig von regierungssozialistischen Ministern für Beendigung des Krieges zu erwarten wäre, das mag eine bürgerliche Stimme bezeugen. So schreibt Herr v. Gerlach:

„Der Scheidemannschen Sozialdemokratie dagegen wird von vielen Seiten im Inlande, darunter nicht den schlechtesten ihrer früheren Anhänger, vorgeworfen, sie habe mit Kriegsbeginn die alte Tradition der Partei preisgegeben. Sie habe unzähliges geduldet, was sie

nie hätte dulden dürfen, sie habe mancherlei aktiv mitgemacht, was bis zum 1. August 1914 jeder Sozialdemokrat verworfen habe. Sie habe selbst da die Regierung unterstützt, wo schärfste Opposition Pflicht der internationalen Klassenkämpfer gewesen wäre. Im Ausland gar, auch im neutralen, ist im internationalen Proletariat kaum gegen eine deutsche Richtung das Mißtrauen stärker als gegen Scheidemann und seine Leute. Was jeder begreiflich finden wird, der auch nur die Denkschrift kennt, die die deutsche Sozialdemokratie nach Stockholm veröffentlicht hat. Wer so sich dem Kriegsstandpunkt der bisherigen Regierungen anpassen versteht, dem bringt man im Ausland nicht das Vertrauen entgegen, daß er, wenn er selbst an die Macht gelangt, den nötigen unvoreingenommenen Block für die internationalen Erfordernisse bestimme."

Es gibt auch im regierungssozialistischen Lager Leute, denen bei dem Gedanken an die Ministerherrlichkeit ihrer Partei sehr schwindelig zumute ist. So heißt es z. B. in der „Fränkischen Tagespost“:

„Nun wird man hoffen, daß die Leitung der Reichsgeschäfte durch sozialdemokratische Mitglieder des Bundesrats entscheidend bestimmt werden könnte. Man vergißt dabei, daß bei der Parlamentarisierung nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Nationalliberale, Zentrumsleute und Fortschrittler neben den Sozialdemokraten in die Reichsleitung kommen werden, daß man ferner zum mindesten für das Reichsministerium wie für das preussische Kriegsministerium Vertreter der Krone und nicht des Volkes wählen wird, so daß der Sozialdemokrat oder die Sozialdemokraten im Bundesrat nicht die Kraft haben werden, auf die Richtung der Reichspolitik bestimmend einzuwirken, wie man sich vielfach von dem Eintritt von Sozialdemokraten in die Reichsleitung verspricht.“

Die Arbeiter wollen nicht, daß ihr Vertreter in der Reichsleitung „mit den Wölfen heult“. Die Sozialdemokraten haben nicht das Interesse, daß der Genosse X oder Y irgendwie aufsteigt in der Hierarchie. Die Sozialdemokraten haben nur das Interesse, daß ihre Politik durchgeführt wird. Wie schwer es aber einzelnen Staatssekretären wird, sich durchzusetzen, das hat am besten bewiesen Herr Schwander, der von Straßburg kam, um Staatssekretär zu werden, und nach wenigen Wochen glücklich war, wieder in Straßburg Bürgermeister sein zu dürfen, weil er das, was er durchsetzen wollte, infolge des Widerstandes in der Reichsleitung nicht verwirklichen konnte. Dabei waren seine Ziele viel bescheidenere als die eines Sozialdemokraten. Freilich hat Herr Schwander keine Partei hinter sich, die ja den sozialdemokratischen Staatssekretär stützen, sichern und stärken soll.

Die sozialdemokratische Partei kommt durch die Ernennung eines ihrer Mitglieder in besondere Schwierigkeiten: sie muß ihre Opposition aufgeben, sie muß die Regierung unter allen Umständen stützen, denn die Regierung würde ja zusammenfallen, wenn die Sozialdemokratie, die sie mitgeschaffen hat, ihr nicht Gefolgschaft leisten würde. Damit kommt die Sozialdemokratie in die Lage, als Partei für vieles einzustehen zu müssen, was ihren Anschauungen widerspricht. Nun weiß jedermann, daß die Sozialdemokratie gespalten ist wegen der Politik der Kriegskredite. Muß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aber im wesentlichen alle Regierungshandlungen vertreten, um die Stellung ihres Vertreters in der Reichsleitung nicht zu gefährden, dann geht sie den kleinsten Erfordernissen entgegen. Es muß dann die Partei mit der Gefahr rechnen, daß sie zerrissen wird, daß ihr Zusammenhalt zum mindesten gelockert wird, daß weitere Abspaltungen und vielleicht auch eine Verstärkung der Unabhängigen zu gewärtigen ist. All diese Gefahren sind nicht einzutauschen für die sehr zweifelhaften Vorteile, die der Eintritt von Sozialdemokraten in die Reichsleitung bringen soll."

Mag sich die regierungssozialistische Partei in der Dunschkammer der interfraktionellen Besprechungen mit den bürgerlichen Parteien auf ein solch zweifelhaftes Experiment festlegen, und als Unabhängige Partei bleibt nach wie vor die Aufgabe, die Arbeiter über die tatsächlichen Macht- und Klassenverhältnisse aufzuklären, die friedensfeindlichen Tendenzen in der Politik aufzudecken und daraus für die Praxis die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Nationalisierung des Handels in Rußland.

Die „Iswestija“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel, der über die Einführung des nationalisierten Handels und der nationalisierten Produktion näheres ausführt, und insofern interessant ist, als die organisatorische Einrichtung scheinbar der Konsumgenossenschaft entspricht, hauptsächlich aber, weil bereits eine direkte staatliche

Produktion hinter diesem nationalisierten russischen Handel steht.

„Die Zeit ist gekommen“, schreiben „Iswestija“, „unser Werk (in Rußland) durch Nationalisierung des Handels zu krönen. Wir haben die allgemeinen Interessen über die der Industrie gestellt: Das selbe muß jetzt auch mit denen des Handels geschehen. Unsere Feinde machen sich lächerlich, wenn sie durch politische Morde und Attentate der Arbeiterklasse den Sieg freitig zu machen suchen und die wirtschaftliche Umwälzung, eine der Hauptbedingungen unserer Staatsidee, aufzuhalten hoffen.“

Die Fäden von 20 Hauptzweigen der Industrie laufen jetzt in den neu organisierten Hauptkomitees und Zentren zusammen. Diese haben ein Verzeichnis aller Fabriken und Werke aufgestellt und ein Lieferungs-Programm für das im Herbst beginnende Operationsjahr ausgearbeitet; ebenso auch feste Preise für Industrie-Produkte angelegt, wobei die schwierigen Verhältnisse, unter denen unsere Industrie zu leiden hat, in Betracht gezogen worden sind. Sie haben auch die Verteilung sämtlicher Rohmaterialien, den Betrieb der Fabriken und ihre Finanzierung übernommen. Es ist also ein Apparat, eine Organisation geschaffen, welcher die ganze Industrie umfaßt und eine Basis bildet, auf der weiter aufgebaut werden kann. Dadurch ist uns auch die Möglichkeit gegeben, die Nationalisierung des inneren Handels durchzuführen. Denn bisher konnten wir staatliche Verkaufsläden nicht eröffnen, da keine Staatsfabriken in Betrieb waren, um die dazu erforderlichen Waren zu liefern.

Der nun erfolgten Nationalisierung der Industrie muß aber unbedingt die Verstaatlichung des Handels folgen. Denn die unter der Verwaltung und Kontrolle der Hauptkomitees und Zentren stehenden Fabriken dürfen die Waren nur laut festgesetzten Engros-Preisen an die Detailverkäufer liefern. Diese steigen aber dem Konsumenten in vollem Sinne des Wortes das Fell über die Ohren. Mit festen Preisen allein können wir diesem Unfug nicht steuern. Nur die schon erwähnte Nationalisierung des Handels ist imstande, den Wucherern Halt zu gebieten. Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie z. B. Zündhölzer, Seife, Tabak, Tee, Kattun usw., u. dgl., verschiedene Gegenstände ausländischer Fabrikation, das Gummi- und Schutzeug der Mechanischen Werke, Pflanzen, Oele und viele andere Waren stehen schon jetzt dem Staate zum direkten Verkauf an die Konsumenten zur Verfügung, sodaß sie aus dem Privathandel verschwinden können.

Ein Beispiel möge über den Erfolg unserer sozialistischen Maßnahmen genügen: Die dem „Hauptkomitee für Leder“ untergeordneten Fabriken stellen Schuhe zu einem so niedrigen Engrospreise her, daß während der Privatverhandlung für ein Paar der besten Stiefel 300 Rubel verlangt würde, es uns möglich ist, dieselben Stiefel für 150 Rubel zu verkaufen, wobei noch Ueberschüsse zu verschiedenen Staatsbedürfnissen (Armee, Schulen), bleiben. Diese Konzentration des Verkaufs bietet also dem Staate und seinen Kunden bestimmte Vorteile, da einerseits ohne Einführung besonderer Steuern neue Einnahmequellen entstehen, andererseits die Bedarfsartikel des täglichen Lebens bedeutend billiger werden und ferner in allgemeiner Interesse Ordnung in die Verteilung sämtlicher Produkte kommt.

In der ersten Zeit werden die staatlichen Verkaufsläden nur die wichtigsten Artikel des Massenbedarfs führen. Es sind dies Artikel, die alle nötig haben: Papier, Garn, Zündhölzer, Bücher, Geschirre usw. und mit denen man jeden Laden in gleicher Sorte und Güte versorgen kann. Wenn wir eine genügende Anzahl solcher Verkaufsläden eröffneten, sodaß jeder in seinem Bezirk seinen Bedarf ohne langwieriges Warten decken könnte, wird es ein leichtes sein, die vorhandenen Vorteile planmäßig über die ganze Stadt oder den Kreis zu verteilen. Jeder Sowjet hat für seine Stadt bzw. seinen Gemeindebezirk den Plan einer Anlage von Verkaufsläden auszuarbeiten. Um einem Ueberschuß oder Mangel an Läden vorzubeugen, ist auf je 1000 Einwohner ein Laden zu rechnen.

In jedem Magazin können je nach Bedarf der örtlichen Verhältnisse drei bis vier Abteilungen eingerichtet werden; z. B. Abteilung für Lebensmittel, Abteilung für Bekleidungsgegenstände, Abteilung für Wirtschaftskartikel.

Nachdem nun der örtliche Sowjet den Plan der staatlichen Verkaufsstellen ausgearbeitet hat, muß er zur Requirierung von passenden Ladenräumen schreiten, (wobei in erster Linie die schon existierenden Ladenräume in Betracht kommen) und von geeigneten Speichern für die Warenvorräte je nach ihrer besonderen Beschaffenheit. Das Einstellen des Personals bietet keine Schwierigkeiten, da die Mitglieder des Verbandes für kaufmännische Angestellte und die Angestellten der requirierten Magazine aufgefördert werden können, in den neuangelegten Läden zu arbeiten. Da jetzt viele Post- und Telegraphen- und Eisenbahnangestellte ohne Beschäftigung sind, könnte man diese in den Verkaufsläden der Sowjets auf den Stationen anstellen. Jeder Sowjet muß ferner einen örtlichen Kommissar für Handel wählen, der die Leitung sämtlicher staatlicher Verkaufsstellen in seinem Bezirk oder Ort übernimmt und für eine eifrige Führung der Geschäftsführung haftet. Zu den Pflichten des Kommissars gehört auch die Aufrechterhaltung einer stetigen Verbindung:

1. Mit dem Zentral-Volkskommissariat für Handel und Industrie, das ihm nach seinen Erfahrungen die nötigen Ratsschlüsse erteilen kann, und
2. mit allen „Hauptkomitees und Zentren“ (Zentrum für Gummi, „Hauptkomitee für Papier“ usw., durch die wiederum Waren zu beziehen sind).

Den Reingewinn vom Verkauf der Waren teilt der örtliche Sowjet mit der Zentralregierung. Der Sowjet der Volkskommissare wird fernerhin den jedem zukommenden Teil festlegen; vorläufig ist es für die örtlichen Sowjets ratsam, nicht mehr als 20 Proz. des Reingewinns auf ihr Konto abzuschreiben.

Das Kommissariat für Handel und Industrie wird mit der Zeit an der Hand der erworbenen Erfahrungen eine Reihe von Instruktionen auszuarbeiten. Die ört-

lichen Sowjets sollen aber nicht warten, bis ihnen die gebratenen Laiben in den Mund fliegen, sondern eigenhändig Initiative zeigen, wie es einige Provinzstädte schon tun, die aus eigenem Antriebe vorgehen, und so die sozialistische Nationalisierung des Handels mit Erfolg und Vorteil für die Bevölkerung eingerichtet haben.

Der Sowjet der Volkskommissare ergänzte das Dekret vom 28. Juli 1918 über die Nationalisierung der größten Betriebe in der Bergwerk-, Metallurgischen und Metallbearbeitungs-, Textil-, Elektrizitäts-, Säge- und Holzbearbeitungs-, Tabaks-, Glas-, Keramik-, Leder-, Zement-Industrie und in anderen Zweigen der Industrie, sowie auch über die Nationalisierung der Dampfmaschinen, der örtlichen Wohnsitz-Einrichtungen und des Eisenbahntransportes, durch folgende Verfügung: „Die Verwaltungen der Privat-Eisenbahnen, die jetzt das Eigentum der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik bilden, sind aufzulösen. Anstelle der aufgelösten Verwaltungen werden Liquidations-Kommissionen eingesetzt.“

Vom Bürgerkrieg in Rußland.

In der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees am 16. September hat das Mitglied des Kriegskommissariats Antonoff einen Bericht über die allgemeine Kriegslage in Rußland gegeben. Den Sieg bei Kasan und die Einnahmen von Simbirsk und Wolost erklärte er als das Resultat der planmäßigen Umgruppierung der Streitkräfte des Sowjets und der Mobilisierung der Petersburger und der Moskauer Arbeiter. Diese haben an der Front nicht nur ihren hohen Mut, sondern auch ihr Organisationstalent gezeigt. Die Petersburger und die Moskauer Arbeiter haben in den Schlachten bei Kasan und bei Simbirsk sich ebenso gut wie die alten erprobten lettischen Regimenter geschlagen. Sie haben es fertig gebracht, die Masse der Bauern an sich zu fesseln und sie zum Kampfe zu führen. Die Siege bei Kasan und bei Simbirsk bedeuten eine innere Wandlung und die erste schwere Prüfung der Roten Armee, aus der sie ehrenvoll hervorgegangen ist. — An der Donfront haben die mobilisierten Arbeiter von Jarzgin die Truppen Krasnoffs hinter Dita den Don zurückgeworfen, was zur Zerlegung des Kojatenheeres sehr beitrug, von dem bedeutende Abteilungen zu uns übergingen. Im Nordkaukasus und im Kubangebiet stehen bedeutende Abteilungen der Weißen Garde, und wir haben dort noch harte Kämpfe vor uns. — An der Nordfront halten wir den englischen Vormarsch auf. — An der Uralfront ist es uns zwar noch nicht gelungen, den Feind auf Zlatocinburg zu verdrängen, jedoch die Umstände, unter denen der Sieg bei Kasan errungen, zeigen uns den Weg, auf dem sich unter Kampf weiter entwickeln muß. Im Augenblick des entscheidenden Kampfes, bei Kasan nämlich, brach in der Stadt selbst ein Aufstand der Arbeiter aus. Die Weißgardisten waren daher genötigt, 2 Offiziersregimenter und ein tschechisch-slowakisches Regiment aus der Kampffront herauszuziehen, um den Aufstand niederzuschlagen. Unsere Truppen haben diesen Aufstand sofort ausgenutzt und sich der wichtigsten Zugänge zu der Stadt bemächtigt. Wir hoffen daher, daß gleichzeitig mit unserer Organisationsarbeit zum Schutze des Landes und der Begeisterung in den Reihen der Roten Armee die Zerlegung bei dem Feinde vor sich gehen wird. Laut Nachrichten aus Samara, Ufa und anderen Arbeitszentren können wir sicher sein, daß im Augenblick der entscheidenden Kämpfe um diese Städte die Weißgardisten und die Tschechoslowaken nicht nur mit der angreifenden Roten Armee, sondern auch mit den Arbeitern in diesen Städten zu kämpfen haben werden. Ferner wies der Redner darauf hin, daß man noch nicht die Hände in den Schößen legen darf, indem man meint, der Sieg wäre schon unser. Im Gegenteil, ein langer Kampf steht uns noch bevor, und in diesem müssen alle unsere Organisationsfehler beseitigt, die Volksmassen alle zum Kampfe aufgerufen und die Wogen ihrer Begeisterung in ein organisches Bett geleitet werden. —

Darauf beschloß das Zentral-Exekutiv-Komitee, einen Aufruf an die Arbeiter zu erlassen, in dem darauf hingewiesen werden soll, daß dank dem festen Zusammenhalten der Arbeiter um die Sowjetmacht zwar zwei große Siege errungen wurden, aber daß der Weg zu den sibirischen, donischen und kaschischen Kornkammern noch nicht frei ist. Monatslange, entscheidende Kämpfe stehen noch bevor, in denen der Sieg durch Opfer an der Front und durch disziplinierte Arbeit in den Arbeten errungen werden muß.

Die Unschuldslämmer.

III

Im „März“ vom 29. März 1913 veröffentlichte Lubwig Lboma einen Aufsatz: „Von Gilt-schilbert er das Unheil der deutschen und der französischen Heere. Es heißt darin unter anderem: „Geben wir der chauvinistischen Presse, was Sie hat es ererbt, haben und drüben, daß alle Fäden zerrissen sind, daß jedes Wort, jede Gebärde mißverstanden wird, daß jedes Gerücht, jede Humilität, jedes schreiende Stühnhöder verdöhnt werden dürfen. Lassen wir der gelben Presse diese Ehre! Es ist die Kleinarbeit von 265 Tapan im Jahre, Moskau, zu sammengesetzt aus Gemeinheiten, Entstellungen und Lügen. Es ist die Arbeit nicht von mächtigen Gekstern, sondern von kleinen Leuten, die niedrigen Instinkten schmeicheln, verbrecherischen Begierden bedürftig als Phrasen, die Ehrlichen und Verhängigen zum Schweigen zwingen. Keiner von diesen Leuten hätte die Gabe, das Volk fortzureißen, vielleicht so der von ihnen erregt Unwillen und Verachtung bei den Arbeitenden, und doch haben sie es vermocht, durch Wiederholen und Wiederholen, daß leere Worte

und Sägen zu unantastbaren Wahrheiten geworden sind, und doch haben sie Tropfen für Tropfen der öffentlichen Meinung Gift eingekocht, bis diese in krankhafter Ueberreizung die Kraft zum Widerstand verloren hat. Diese Presse hat genügt. Gesehen wir ihr das neidlos zu? ... Vor fünfzig Jahren wäre man in Europa selig gewesen über die märchenhaften Fortschritte der Technik, vor achtzig Jahren hätte Herr Biedermeier die Erfindung überauswiegend angepöbeln, hätte von der Verbrüderung aller Europäer geträumt, heute rechnet der Spiegelsügger aus, wie viele Zentner Dynamit aus einem Luftkruziger heruntergeschmissen werden können, und der Vontgeois löst die Adler-Jagd machen auf alles, was da freucht und flucht. Das friedliche Behagen aneinander ist verschwunden, jedes Gefühl für gemeinsame Aufgaben ist erstickt. Michel Bréal und Anatole France predigen gegen den verbrecherischen Wahnsinn jenseits der Vogesen. Was gilt's, sie werden diesseits darum verhöhnt werden. Es ist alles vergiftet, und das verdankt wir der nationalen Presse. Ehre, wenn Ehre gebührt!

Derselbe Thoma ist seither selbst unter die „Vaterlandspartei“ gegangen und der „Simplicissimus“, der früher die Alldeutschen aufs Korn nahm, schwelgt heute auch im nationalistischen Unflat. Wie harmlos waren der „schwarze Tod“ und andere Enten „dunkler“ Zeit gegen diese geistige Pest von heute!

Großes Russen machte bekanntlich 1912 das Werk von Erzelenz General der Kavallerie von Bernhards: „Deutschland und der nächste Krieg“, von dem auch eine „Volksausgabe“ unter dem Titel: „Unsere Zukunft“ erschien, die massenhaft verbreitet wurde. Diese Schrift stellt den Krieg zur Erweiterung der Machtstellung und des Landbesitzes Deutschlands als unvermeidbar hin. Wie die „Kreuzzeitung“ vom 9. März 1913 mitteilt, erschien das Buch alsbald auch in englischer Uebersetzung und erregte in England großes Interesse. Folgende Sätze sind für den Geist des Buches charakteristisch:

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge! — Das Trachten nach Frieden im deutschen Volke ein Gift.“ — „Meiner Meinung nach können wir die nationale Pflicht nicht erfüllen, ohne, daß wir das Schwert ziehen.“ — „Da der Kampf notwendig und unvermeidlich ist, müssen wir ihn ausfechten, koste es, was es wolle.“ — „Auch englische Annäherungsversuche dürfen uns nicht blenden.“ — „Wir mögen sie gebrauchen, den unvermeidlichen notwendigen Krieg hinzuzufügen, bis wir einigermaßen eine Aussicht auf Erfolg haben.“

Auch das bekannte Buch des Oberleutnants Frobenius „Deutschlands Schicksalsstunde“, 1914, das eine sehr große Verbreitung fand, sei erwähnt.

Im Herbst 1912 hielt der Armeekorps des lebenden Armeekorps General v. Eichhorn, der 1918 als „Vetereer“ der Ukraine einem Armeekorps zum Opfer fiel, in Saarbrücken eine viel bemerkte Rede gegen den Pazifismus. Damit täusche man das Volk, begehe ein Verbrechen an ihm, nehme ihm die Mannhaftigkeit!

Man begreift somit, wenn der bedeutendste Historiker Deutschlands, Professor Hans Delbrück, im Dezemberheft 1913 der „Preussischen Jahrbücher“ die Folgen der nationalen Verheerung mit großer Sorge darstellte. Er schrieb, die größte Gefahr für die Zukunft liege bei dem Krieg verleiteten lassen, der nicht nur, weil überflüssig, ein unsagbares Unglück für uns und die ganze Kulturwelt bedeuten würde, sondern dessen Ausgang keineswegs sicher ist. In einem solchen Kriege darf man nur treiben, wenn die Not oder die Ehre dazu zwingt oder die Zukunft der Nation auf dem Spiele steht. Das ist nicht der Fall.

Es ist natürlich unmöglich, von der Hochflut nationalistischer Pressezeugnisse, die Deutschland überschwemmen, auch nur die wichtigsten Titel anzuführen. Immerhin seien einige der verbreitetsten Schriften kurz gekennzeichnet.

Das „wissenschaftliche“ Grundwerk der ganzen Richtung ist die in mehreren Bänden erschienene „Deutsche Politik“ von Professor Ernst Hasse, der lange Jahre Obmann des Alldeutschen Verbandes war. In der Hauptsache sind es Vorlesungen, die Hasse seit 1888 an der Universität Leipzig gehalten hat. Bekanntlich darf ja auf den deutschen Universitäten keine Politik getrieben werden, sie verzapfen nur „voraussetzungslose Wissenschaft“.

Hasse's Hauptgedanken sind (tunlichst in seinen eigenen Worten) folgende:

Jedes gesunde Bewusstsein muß sich ausdehnen. Der fortwährende Wechsel in den Machtverhältnissen der Völker macht zeitweise die Neuaufrichtung der Erde nötig, und zwar nicht nur in Uebersee, sondern auch in Europa. Die kleinen Völker und Staaten haben in unserer Zeit des Großen und Massenhaften allerdings nicht nur die Berechtigung zur Ausdehnung, sondern sogar die zum Fortbestehen verloren. Die Expansion Englands hat das europäische Gleichgewicht gestört und muß daher solange bewahrt werden, als es nicht dem Deutschen Reiche gleich wirkt, als es nicht dem Deutschen Imperium zu Berechtigung, also die Bildung eines Imperiums zu gestehen will. An dem russischen Imperialismus hat dagegen Hasse nichts auszusetzen, sondern empfiehlt sogar die Förderung der gegen England gerichteten russischen Bestrebungen.

Wirtschaftlich ist Hasse ein scharfer Gegner der „offenen Tür“ und des Freihandels. Er fordert die Bildung eines mitteleuropäischen Zollvereins, zunächst aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Holland, vielleicht auch der Schweiz und Rumänien bestehend. Dieser Bund soll aber nicht ausschließlich wirtschaftlich sein, vielmehr schwebt Hasse die Herstellung eines staatsrechtlichen Bundes wenigstens mit einigen dieser Länder vor. Von der wirtschaftlichen Macht zur Staatsgewalt sei ja nur ein Schritt. Es fragt sich also, ob sich unsere ganz- oder halbdeutschen Nachbarn an dem deutschen Imperium als Herrschende oder Hebertische Theilhaber wollen. Belgien und Holland mühen sich mit ihren enormen Kol-

nialgebieten unter deutschen Schutz stellen. Weiter habe das Deutsche Reich zu trachten, einen entsprechenden Teil Chinas oder der Türkei zu erhalten, groß genug, um einige hundert Millionen Abnehmer (!) dauernd an die Erzeugnisse deutschen Gewerbes zu liefern. An späterer Stelle erweitert Hasse noch das Gebiet, das er für das deutsche Imperium beansprucht, auf alles Land zwischen Nord- und Ostsee, über die Niederlande, Luxemburg, die Schweiz, das ganze Donaugebiet, die Balkanhalbinsel, Kleinasien bis zum Persischen Meer. In diesem ganzen großen Gebiet müsse der Einfluß anderer Weltmächte ausgeschaltet werden, ebenso wie etwa England in Ägypten oder in Südostafrika jeden fremden Einfluß ausgeschaltet habe. In welcher Weise die verbündeten deutschen Mächte des nördlichen Mitteleuropas ihre Herrschaft an der unteren Donau, auf dem Balkan und in Vorderasien betätigen wollen, in welcher Form zum Beispiel die Türkei weiterfortzubestehen habe, ist eine Frage für sich und solle nur diese Völker und diese Staaten angehen und außer ihnen die deutschen Nordmächte, sonst aber niemand auf der Welt. Diese deutsche Weltpolitik werde im schlimmsten Falle auch vor der Anwendung von Gewalt gegen andere Kulturvölker nicht zurückschrecken dürfen.

Denselben Gedanken propagieren die sehr verbreiteten Schriften von Dr. Albert Ritter, Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, der unter dem Decknamen Kurt v. Winterfichten schrieb („Berlin-Bagdad“, achte Auflage, 1914).

Eine typische alldeutsche Propagandaschrift, die auch vom Alldeutschen Verband offiziell empfohlen und in einer Millionenauflage verbreitet wurde, ist das Buch von D. Frymann: „Wenn ich der Kaiser wäre.“

Die tollste Kriegsbege (wie er selbst es mehrfach nennt), betreibt Edmund Weber („Krieg oder Frieden mit England?“ Monographien zur Zeitgeschichte, Heft 10). Die Schrift dürfte 1913 erschienen sein. Sie trägt das Motto: „Es ist nicht möglich, daß zwei Völker die Welt beherrschen: entweder Alibion oder wir.“ Ihre Tendenz ist in folgenden Sätzen ausgedrückt: „Wir verlangen Selbstbestimmung für die teutonische Rasse, wir verlangen Raum zur Vergrößerung unserer Macht, Raum zum Herrschen, uns gelistet nach jählichem Waffenspiel.“

Max Heintz (Hundert Jahre deutsche Zukunft“, 1913) gibt einen Überblick aus dem Jahre 2021 auf die innere und äußere Entwicklung Deutschlands. England wird durch eine Bandung deutscher Truppen niedergeworfen, muß zwölf Milliarden Mark Kriegsentwädigung zahlen, Kanada und Teile Ostindiens (Seite 65) abtreten und durch zehn Jahre einige deutsche Armeekorps auf seine Kosten als Besatzung erhalten.

Auch zahlreiche Romane haben der Agitation gedient, manche erreichten große Auflagen. Beispielsweise sei erwähnt der Roman von Oskar Hoffmann „Die Eroberung der Luft“, Kulturroman vom Jahre 1910.

Es ist klar, daß in dieser mit Hochdruck betriebenen Stimmungsmache auch ein Antriebs des gewalttätigen Nationalismus lag.

Es war daher nur folgerichtig, wenn die „Alldeutschen Blätter“ am 3. August 1914 schrieben:

„Es ist eine Lust zu leben... die Stunde haben wir ersehnt... Nun ist sie da, die heilige Stunde... Die Russen tödlich und falsch bis zum letzten Augenblick, die Franzosen — vor die überraschende Wirklichkeit gestellt — schlottern und schließlich die Raschluft verlassend — England takt erwägend und zaudernd — das deutsche Volk aber jubelt.“

Eine alldeutsche Scharfmacherei.

In der Nr. 38 der „Alldeutschen Blätter“ finden wir folgende heftige Heft gegen die „Wiener Arbeiterzeitung“:

„Die Aufmerksamkeit der reichsdeutschen Öffentlichkeit muß immer wieder auf die Gefahr der „Arbeiterzeitung“ in Wien gelenkt werden. Wenn dieses Blatt von Lord Northcliffe bezahret würde, so könnte es nicht anders schreiben. Täglich enthält dieses, sich selber immer noch der deutschen Sprache bedienende „Organ der Sozialdemokratie“ türkische Wöhrheiten gegen die deutsche Reichspolitik. Die Praxung des Kriegsministers von Stein an den bulgarischen Kriegsminister, in der von der Gewißheit des deutschen Sieges die Rede ist, wird höhnisch abgetan mit der Ueberschrift: „Immer das selbe Gerede“. Aber jedes Wort, das Lloyd George gegen die Deutschen spricht, wird fest gedruckt, als ob die roten Gebrüder an der Donau ihren Lesern sagen wollten: Der Mann spricht uns aus dem Herzen! Von einem Dr. Otto Horngräber wird ein Aufsatz veröffentlicht, der mit den Worten beginnt: „Genuß des Tötens. Ihr istet Millionen — ihr mordet aber Millionen. Denn mit dem Schrei eines Sterbenden schreien auch Mütter und Väter, um den Lebensabend betrogene Gattinnen und Bräute — und die es hätten werden können — betrogen um ihr Lebensglück und um den Lebensmorgen betrogene arme hungernde Kinder.“ So geht es fort über zwei Spalten und zum Schluss heißt es: „Wenn nicht das Krieges? Dem Einzelnen? Nein! Der Gesamtheit? Nein! Dem Vaterlande? O nein! Ein paar Großhändler sind, die machen noch mehr Warenabsatz finden...“

Während sonst die Wiener Kriegszensur unfassbar scharf ist — der deutschnationalen Presse an der Donau wird kein hartes Wort über die tschechischen Hochverräter durchgelassen — kann die rote Arbeiterzeitung täglich die schärfsten Gemeinheiten gegen die Politik des Deutschen Reiches schleudern, da findet sich keine Zensurbehörde, da spielt der Staatsanwalt den Hodel mit dem berühmten langen Halle. In der Nummer vom Donnerstag, den 18. August, leistet sich die

Arbeiterzeitung einen pöbelhaften Angriff auf den Bruder des Deutschen Kaisers, den Prinzen Heinrich. Auch da findet sich kein Staatsanwalt. Das Blatt darf schreiben, daß die Gesamtlage Deutschlands von einem großen Teil der Presse und in vielen öffentlichen Reden falsch dargestellt wird. Die Staatsmänner auf der anderen Seite, die den Krieg nicht beenden wollen, aber nach der Arbeiterzeitung „durchaus nicht die kompletten Karren als die man sie hierzulande hinzustellen beliebt.“ Dann heißt es weiter, ganz im Sinne des Lord Northcliffe: „In solcher Klarheit muß dann freilich jeder annerkennungswürdige Spat in Nebel zerrinnen. Wir haben nicht um Flandern und nicht um die baltischen Provinzen, sondern um unser nationales Da-sein zu kämpfen, um einen Frieden, der uns nichts bringt“ (das ist die Hauptsache, das wird von der Arbeiterzeitung täglich geordert) nur nichts bringen darf uns dieser Friede! Das ist ein entsetzlicher Gedanke für die alldeutsche Presse an der Donau. Alles, nur keinen klaren deutschen Sieg — diese Grundbestimmung geht durch die gesamte alldeutsche Presse an der Donau, nur sind die anderen Blätter nicht so offenerzig wie die Arbeiterzeitung, die aber weiter nichts ist als der Schrittmacher des Alldeutentums und seiner geheimsten Wünsche. Es ist die Pflicht der völkischen deutschen Presse, immer und immer wieder auf diese Wählbarkeit an der Donau hinzuweisen. Einmal wird dann hoffentlich doch dem Michel die Geduld reichen! Uebrigens eine beschiedene Frage: gibt es keinen deutschen Botschafter mehr in Wien? Was sagt der zu solchen täglichen Pöbelereien? Auf die Antwort sind wir gespannt...“

Aus der Bewegung.

Merkwürdiges Doppelspiel. Im Holleschen „Volksblatt“ lesen wir: „Die Volksstimme bringt eine Notiz „Ein unabhängiges Bekenntnis“, in welcher sie sich auf den Schriftsatz unseres Rechtsanwalts Herzfeld-Naumburg vom 4. September beruft und ihm folgende Zeilen entnimmt: „Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei erfolgte überhaupt nicht wegen programmatischer Streitfragen, sondern wegen des Streites über taktische Fragen. Streittig war innerhalb der Reichstagsfraktion die Frage der Kriegskredite und der Kriegsziele, schließlich auch Fragen mehr persönlicher Natur, über die Vertretung der Partei durch Redner im Parlament, die Spaltung erfolgte schließlich aus Anlaß eines solchen persönlichen Streites.“ Dazu schreibt das Blatt: „Der oben wörtlich angeführte Satz gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß er herrührt vom Vorsitzenden der Unabhängigen Partei, vom Rechtsanwalt Hugo Haase, der bis zur Spaltung zugleich Vorsitzender unserer Reichstagsfraktion gewesen ist.“ — Die Sätze die der Redaktion des hiesigen Scheidemannorgans solche Freude machen, sind bereits im „Vorwärts“ vom 8. September enthalten in einem Artikel unter Parteinachrichten, überschrieben: „Uns hollische Volksblatt“. Aber nur in einem Teil der Aufsätze ist der älteste Satz zu finden mit einem ähnlichen gegen den Genossen Haase gerichteten Anhang, wie ihn die Volksstimme wiedergibt. Ein Vergleich der „Vorwärts“-Nummer 247 vom 8. September, die die answärtigen Bezirker erhielten, mit demjenigen, die in Berlin verbreitet worden ist, ergibt die Tatsache, daß der Aufsatz „Uns hollische Volksblatt“ während des Druckes gefälscht (oder erweitert) worden ist um jenen Teil, der sich mit dem Inhalt der Beweisurteile unseres Naumburger Rechtsanwalts und mit den Beziehungen unseres Genossen Haase zu ihnen befaßt. Das ist einigermaßen auffällig. Man scheint während des Druckes im „Vorwärts“ den Bod noch gemerkt zu haben, den man damit schon, indem man den Genossen Haase gänzlich unberechtigtweise angriff. Oder was war sonst der Grund zu dem merkwürdigen Doppelspiel? Wohl stehen jene Zeilen in dem angezogenen Schriftsatz. Aber die Schlussfolgerung, Genosse Haase sei der Verfasser, oder sei an ihm beteiligt gewesen und mitverantwortlich, ist gänzlich unzutreffend. Der Schriftsatz wurde ganz selbständig vom Rechtsanwalt Herzfeld-Naumburg angefertigt. Kein Parteigenosse hat den Schriftsatz vor dem 8. September gesehen, und der Genosse Haase erhielt vom Unterzeichneten auf Anforderung eine Abschrift des Schriftsatzes erst am 16. September zugesandt, so daß dem Genossen Haase der Schriftsatz vor dem 17. September nicht zur Kenntnis gekommen ist.

Man darf gespannt darauf sein, ob „Vorwärts“, „Volksstimme“ und die anderen Verbreiter der Nachschrift der Wahrheit die Ehre geben werden, wenn sie jetzt die Tatsachen erfahren.

Halle, 19. September 1918. Julius Hilbrandt.

Rostock i. M. Am Donnerstag, den 19. September, hielt in der „Philharmonie“ die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands (Ortsgruppe Rostock) eine Mitgliederversammlung ab. Als Referent war erschienen der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Genosse Dr. Herzfeld. In klaren und ungeschwankten Worten behandelte selbiger die innere und auswärtige Politik, wobei auch die Wahrscheinlichkeit und die Königsmacherei nicht zu kurz kamen. Durch ein wachsamtes Ohr und ein lebhaftes Bravo nach dem Vortrage beendete die gütigste Versammlung, daß sie mit den Ausführungen voll und ganz einverstanden war und der Vorstand dankte im Namen der Versammlung dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen.

Am 2. Punkte wurde die Ernährungsfrage behandelt. Eine vorgelagene Resolution soll noch hinzugefügt werden von der Versammlung vorgeschlagener Zusätze der Ernährungsbehörde zugestellt werden. Hingewiesen wurde ferner darauf, daß die Versammlung fortan nicht mehr die regierungssozialistische „Möckeln-Volkszeitung“ unterstützen, die mit unserer Politik Schuldner treibt und es ablehnt,

eine Versammlungsanzeige für uns aufzunehmen. Es wurde die „Leipz. Volksztg.“ und das Berliner Mitteilungsblatt empfohlen. Zum Schluß wurde noch die Politik der Altsächsischen Vaterlandspartei erörtert, die durch ihre Arbeit den langersehnten Frieden nur hinausgeschoben hat, aber zurzeit sehr verstimmt zu sein scheint.

Vorsitzender der Unabhäng. Partei, Ortsgruppe Kofstod, ist: Wihl. Gottschall, Kofstod, Döberenerstraße 100. Alle Beitrittserklärungen wolle man richten an die vorgenannte Adresse oder an Friedr. Dehrens, Friedr. Heinerstr. 69.

Der sozialdemokratische Verein Offenburg (U. S. P.) hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung ab, bei welcher die meisten Orte des 7. Kreises durch Mitglieder vertreten waren. Aus den Nachbarorten waren ebenfalls Parteigenossen erschienen. Die Fahrer Unabhängigen Sozialdemokraten hatten bisher ihre Beiträge an den Offenburger Verein bezahlt. Es wurde beschlossen, in der nächsten sozialdemokratischen Verein (U. S. P.) zu gründen, der sofort mit 35 Mitgliedern ins Leben tritt. Nach einem politischen Referat des Genossen Landtagsabgeordneten Ged wurden die Maßnahmen zur Ausbreitung der Organisation besprochen. Es geht aus allen Mitteilungen hervor, daß die Arbeiterklasse mit der Scheidemannpolitik nichts mehr zu tun haben will und es insbesondere mißbilligt, daß dieselbe auf der Offenburger Bischofskonferenz der badischen Regierungs- und Reformsozialisten den Segen erhalten hat.

In Schneidemühl hielten die Abhängigen am 11. September eine Versammlung ab, in der Wels über „Deutschland im Weltkriege“ sprach. Ehe der Vorsitzende die Versammlung eröffnete, stellte nach einem Bericht im „Vorwärts“ der Polizeikommissar Schlegel an Wels die Frage, welcher Fraktion er angehöre und legte ihm ein S. S.-Telegramm des Generalkommandos vor, daß die Versammlung des Wahlvereins nur erlaubt sei, wenn Wels nicht „unabhängig“ sei. Das war Wels allerdings nicht, und so durfte er reden in angemessenen Grenzen.

Mannheim. Uns wird geschrieben: Unter der Stichmarke „Papiernot und Bürokratie“ berichtet die „Mannheimer Volksstimme“ vom 17. September folgende Episode:

In Herzheim in der Rheinpfalz sollte am 25. August eine Tabakarbeiterversammlung abgehalten werden. Es besteht die Vorschrift:

Versammlungen müssen 10 Tage vorher angemeldet werden. Dementsprechend wurde verfahren. Am 23. August wurde Herr Ferd. Dahms als Einberufer auf das Bezirksamt Mannheim (Baden), Herr Dahms hat dort seinen Wohnsitz, bestellt. Er wurde um Angabe des Leiters der Versammlung und evtl. des schon bestimmten Hauptredners ersucht. Außerdem wurde er über seine politische Tätigkeit, welcher politischen Partei er angehöre, befragt, worüber er jedoch die Auskunft ablehnte. Und nun bekam Herr Dahms folgendes Schreiben am 26. August, nachdem die Versammlung abgehalten war:

Kr 10 191.
Bezirks-Amt Mannheim
Eingang 21. Aug. 1918.
G. R. I. Beilage

An das Großherz. Bezirks-Amt Mannheim.
Zusolge Verfügung des R. b. Stellvert. General-Kommandos Würzburg bedarf Besuch um Abhaltung einer Versammlung nach folgender Angaben: 1. Name des Leiters der Versammlung. 2. Namen der allenfalls schon im voraus bestimmten Hauptredner. Gleichzeitig ersuche ich um gefl. Nachricht, ob und in welchem Sinne der Leiter bezw. der Redner der fraglichen Versammlung politisch tätig sind, ob dieselben eine gewisse Gewähr bieten, daß Ausschreitungen voraussichtlich ausgeschlossen erscheinen und ob eine Überwachung der Versammlung für nötig gehalten wird.
Landau (Pfalz), 20. August 1918.
Wäse.

19 668 B. o. E. T. A.
Erhebung und Meldung Großh. Bezirks-Amt
Polizei-Direktion.

Mannheim, 24. August 1918.
Meldung

Die Versammlung wird von dem Gewerkschafts-Angebotenen des Deutschen Tabakarbeiter-Berbandes (Sih Bremen), Ferd. Dahms, wohnhaft Hs. 5 hier, einberufen. Dahms ist der Leiter und alleinige Redner der Versammlung. Ueber Dahms ist in politischer Hinsicht und im allgemeinen Nachteiliges nicht bekannt. Es ist auch nicht bekannt, daß er der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehört.

Es ist nicht anzunehmen, daß es bei der Versammlung durch Verschulden bezw. Person des Dahms selbst zu Ausschreitungen kommt. Ob eine Überwachung der Versammlung am Platze ist, entzieht sich meiner Kenntnis, da mir das die Versammlung besuchende Publikum nicht bekannt ist und auch diesem Rechnung getragen werden muß.

Hentschel, Schumann.
Ergebenst zurück an Großh. Bezirks-Amt,
Polizei-Direktion.

Dieses Schreiben nun erhielt per Eilbrief anstelle des Bezirks-Amts Mannheim der Tabakarbeiter-Berband der es dem Schumann Hentschel wieder zustellte. Die „Volksstimme“ meint: „Wir leben im fünften Kriegsjahr und das illustriert die Geschichte mehr als Worte.“ Uns interessiert vor allem, daß mal der schriftliche Beweis erbracht wurde, daß die Gefinnungsschnüffel im Lande Baden genau so im Flor steht wie überall. Wovon im übrigen unsere Genossen schon seit einiger Zeit ein Liedchen singen können. Wenn nun Dahms ein „Unabhängiger“ gewesen wäre? Ob dann die Versammlung auch am 25. August hätte so ungehindert stattfinden können? Deswegen erscheint uns die Ueberschrift „Papiernot und Bürokratie“ nicht ganz zutreffend. „Abhängig oder Unabhängig?“ wäre wohl zutreffender, und dies illustriert wohl auch den ganzen Kernpunkt der Erhebungen.

Aus den Organisationen.

Schöneberg. Am Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Ebrecht, Martin Lutherstr., im Tunnel, unsere Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Vortrag, Geschäftliches, Verschiedenes.
Der Vorstand.

Weißensee. Den Abonnenten des Mitteilungsblattes zur Kenntnis, daß ab 1. 10. cr. der Preis auf 75 Pfennig erhöht werden muß. Näheres ersichtlich aus der Nr. 25 unseres geschätzten Blattes.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.
Sonntag, den 29. September, vorm. 10 1/2 Uhr, findet im Festsaal des Berliner Stadthauses, Eingang Klosterstr., unsere Jugendweihe statt. Festvortrag: Herr Dr. Bruno Wille. Eintritt Erwachsene 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Nächste Kindervorlesung am 18. Oktober.

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 28. d. M., findet in Contrads Festsaal, Friedrichstr. 186 (gr. Saal), unsere Schulentlassungs- (Derbst.) Feier statt. Saalöffnung 1/2 7 Uhr. Die Schulentlassenen sind herzlich willkommen.

Freie Jugend Groß-Berlin.
Ortsgruppe Friedrichshagen.

Quittung.

Für den Wahlfonds des 1. Berliner Kreises:
Dem Andenken Max Kaisers 500 Mk.

Unserem Genossen und Vorstandskollegen
Hans Rühl, Schöneiche,
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstage am 28. September. Möge es Dir, alter Freund, vergönnt sein, den Jungen zum Nachzusehen, noch lange in unserer Mitte zu wirken.

Der Kreisvorstand
des Wahlvereins der U. S. P. Niederbarnim.

Arbeiter-Samariter-Bund

Kolonie Groß-Berlin.

Anfang des Winterkurses Montag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, in Schulze's Festsaal, Am Königsgraben Nr. 2, am Alexanderplatz.

Der einleitende Vortrag lautet: Ueber Zweck und Ziele des Kurses sowie über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers).

Der Besuch des ersten Abends steht jedem als Gast frei. Der einmalige Beitrag für den Kursus beträgt 3,00 Mk. Eine reichhaltige Bibliothek steht kostenlos zur Verfügung.

Meldungen nimmt auch der Vorsitzende entgegen, wo auch Lehrpläne zu haben sind.

Gustav Dietrich,
Berlin NW. 28, Klopstockstr. 26, Hof links part.

Gebundene Jahrgänge des Mitteilungsblattes

für das Jahr 1917/18

können im Verbandsbüro, Schölerstr. 5, zum Preise von 12 Mark pro Band abgegeben werden.

Nachruf.

6. Wahlkreis.

Infolge eines Unfalles verstarb am Sonnabend, den 21. September, unser Genosse, der Arbeiter

Richard Boroczinski

Freienwalder Str. 20, 18. Abt., Bez. 816.
Der Verstorbene war ein altes, treues, tätiges Mitglied.

Am Mittwoch, den 25. September, starb unser Mitglied, der Genosse

Reinhold Kiemer

Gotlandstr. 8, Bezirk 668, Abteilung 8.
Die Beerdigung findet Montag, den 30. Sept., nachmittags 3 Uhr, auf dem Anstaltsfriedhof in Buch statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem am 29. d. M. stattfindenden

25 jährigen Ehejubiläum

unserem langjährigen Genossen und Genossin, dem Bezirksführer Otto Danzmann nebst Frau senden

Die Bezirksführer des 3. Kreises, 8. Abt.

Als Opfer des Weltkrieges starb in einem Feldlazarett an einer schweren Verwundung am 12. 9. mein lieber Mann und treusorgender Vater, der Laktierer

Gustav Marquardt

im Alter von 39 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrubt an
Marta Marquardt nebst Töchterchen Herta,
Oberschöneweide.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

2. Abteilung, Bezirk 47.

Am 14. April 1918 fiel im Westen unser langjähriger treuer Genosse, der Schneider

Bernhard Brathe

geb. 14. 1. 76.

2. Abteilung, Bezirk 34.

Am 4. Juli 1918 verstarb an den Folgen des Krieges unser treuer Genosse, der Handlungsgehilfe

Hans Vahl

geb. 8. 2. 94.

4. Wahlkreis.

Am 29. August fiel im Alter von 23 Jahren unser Genosse

Ernst Baemer

Insterburger Str. 17, Bezirk 344.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.

Leider sind wir erst jetzt in der Lage, unseren Genossen Kenntnis zu geben, daß unser Genosse, der Gruppenführer

Richard Lindenberg

Frankfurter Allee 197, 5. Viertel, 18. Abt., 79. Gruppe als Opfer des Weltkrieges im Jahre 1917 gefallen ist.

Bezirk Reinickendorf-Ost.

Durch Boltretter fiel am 26. Juli 1918 unser Genosse

Otto Schulz

Justusstr. 40

im Alter von 32 Jahren.

Berlin-Oberschöneweide.

An einer Oberschenkelverletzung fiel am 12. 9. unser Genosse, der Laktierer

Gustav Marquardt

Siemensstr. 15.

Ehre ihrem Andenken!

Sängerchor „Vorwärts“, Süd-Ost.

M. d. U. S. P.

Als weitere Opfer des Krieges fielen die treuen Mitglieder unseres Chores

Hans Lübke

Fritz Schelle.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Große öffentl. Wählerversammlung

am Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstags-Ersatzwahl im 1. Kreise. Referent: Richard Müller und Reichstagsabgeordneter Hugo Haase. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Das Wahlkomitee. V. A.: Adolph Hoffmann.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Deutschen Hofes“, Luckauer Straße:

Kunstabend

unter Mitwirkung des Berliner Volkshoros, eines Streichquartetts und des Herrn Gustav von Wangenheim als Regitator.

Eintrittskarten sind zum Preise von 1 Mk. in den Büros des 4. und 6. Wahlkreises, im Büro von Neumann und Niederbarnim, im Verbandsbüro sowie bei den Funktionären zu haben.

Zur Reichstags-Erloßwahl im 1. Wahlkreise.

Je näher der 15. Oktober rückt, je deutlicher treten die einzelnen Parteien auf den Plan. In voriger Woche fanden sich Regierungssozialisten zusammen, um den Stadtverordneten Hugo Heimann als ihren Kandidaten öffentlich zu bezeichnen. Bei dieser Gelegenheit hielt Herr Heimann eine Rede, in der er die verschiedensten Fragen behandelte. Auch mit unserer Partei soll er sich nach einem Bericht des „Vorwärts“ kurz beschäftigt haben und von der unnötigen Spaltung geredet haben, die von uns herbeigeführt worden sei. Damit ist Herr Heimann auf das Niveau des „Vorwärts“ und seiner Nachbeter gekommen, die das alte Lied zum Ueberflus abfeiern, dabei die Augen vor den tatsächlichen Ursachen vollkommen verschließen.

Der „Vorwärts“ hat die Auffstellung Heimanns vor seinen freisinnigen Blockbrüdern zu entschuldigen versucht, weil unsere Partei, die Unabhängige sozialdemokratische Partei, mit einem Kandidaten in die Wahl eintrete, seien die Regierungssozialisten gezwungen, das gleiche zu tun; im Allgemeinen soll an der Freundschaft mit der Fortschrittlichen Volkspartei nichts geändert werden.

Auch die Freisinnigen haben eine Versammlung abgehalten, in der der Abgeordnete Biemer einen Vortrag hielt.

Die öffentliche Wählerversammlung im Lehrervereinshaus.

Unsere Genossen hatten zu Donnerstag, den 19. September eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Ein Flugblatt kündigte die Versammlung an. Große rote Plakate luden die Wähler zur Versammlung ein, in der Reichstagsabgeordneter Hugo Haase über die bevorstehende Wahl sprechen sollte. Der große Saal des Lehrervereinshauses war überfüllt. Alle Tische mussten entfernt werden, um den immer neu Hinzukommenden Platz zu schaffen. Kurz nach 8 Uhr erfolgte polizeiliche Absperrung und viele Neuankommende fanden keinen Einlaß. Gegen 1/9 Uhr eröffnete Genosse Adolf Hoffmann die von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung, die den Referenten stürmisch begrüßte. Hoffmann teilte mit, daß der zum Vorschlag getragene Kandidat Metallarbeiter Richard Müller als Landsturmman in Rastatt stehe, daß er aber auf Anweisung des Kriegsministers telegraphisch für die Wahlzeit beurlaubt sei und in den nächsten Tagen zur Verfügung stehe. Die Versammlung erklärte sich einmütig mit dem vorgeschlagenen Kandidaten einverstanden.

Im Anschluß hieran gibt Hoffmann die Bedingungen bekannt, die für die Abhaltung der Versammlung von der Polizei aufgestellt sind: Ueberwachung und Einhaltung des Burgfriedens.

An die im Saale anwesenden Kriminalbeamten richtete Hoffmann die Aufforderung, den Saal zu verlassen, da diese Beamten in der Regel mit Protokoll bewaffnet wären und er schon aus gesetzlichen Gründen Bewaffnete von der Versammlung fernhalten müsse.

Hierauf erteilte Hoffmann dem Genossen Haase das Wort zu seinem Vortrag. Bevor Haase zum Reden kam, erhob sich der die Versammlung überwachende Polizeihauptmann Schenk und erklärte, er könne nicht zulassen, daß Haase spreche. (Große Erregung in der Versammlung und laute Zurufe.) Hoffmann beruhigte. Alle Verhandlungen mit dem Beamten scheiterten an dem kategorischen Hinweis, er habe Auftrag, Herrn Haase nicht sprechen zu lassen. Hoffmann konnte Versäuerde führen. Hoffmann vertagte die Versammlung und begab sich nach dem Polizeipräsidium. Viertelstunde um Viertelstunde verging, endlich nach 1/4 Stunden kehrte Hoffmann zurück. Er teilte mit, daß er vom Wachmeister zum zuständigen Dezernenten geschickt worden sei, der erklärte, er könne nichts tun. Daraus telephonische Verbindung mit dem Chef der Abteilung. Auch dieser bedauerte. Meldung beim Polizeipräsidenten: Die Versammlung bringt dem Ersuchen nicht sprechen. Daraus wiederum zum Dezernenten. Dieser ging selbst zum Polizeipräsidenten. Das schließliche Ergebnis war: Hoffmann soll Beschwerde führen. Diese Mitteilung selbsterregte die schon vorhandene Erregung noch mehr und als Hoffmann an diese Tatsachen anschließend unter stürmischer Zustimmung bemerkte, daß seien die heutigen in Deutschland trübsten Zustände, und es an den Versammelten liege, die richtige Antwort zu geben, stand der Polizeihauptmann auf und erklärte zum allgemeinen Erstaunen die Versammlung

für aufgelöst. Diese Auflösung wurde mit stürmischem Protest und mit Hochrufen auf die Internationale, auf Haase und Liebknecht beantwortet.

Als sich Hoffmann vom Podium in den Saal begeben hatte und mit Parteifreunden sprach, folgte langsam der Polizeihauptmann mit seinen Beamten und erklärte ganz unvermittelt den Genossen Hoffmann für verhaftet. Der Hinweis Hoffmanns, daß er Abgeordneter sei, blieb unbeachtet. Dadurch wurde die vorhandene Erregung nicht gemildert. Als die Beamten mit Hoffmann dem Ausgang zustrebten, kamen sie ins Gedränge und waren zwischen Stühle eingeklemmt, so daß Hoffmann mit den Beamten die Fühlung verlor und sich, wie er selber in einer Erklärung im „Tageblatt“ sagt, unbemerkt „vom Feinde strategisch flug zurückzog“.

Das war der erste Ausruf zur Reichstagswahl. Haase darf einfach nicht sprechen. Dabei hat Genosse Haase bei der Wahlbewegung in Niederbarnim für Genossen Weischedel wiederholt gesprochen. Aber abgesehen davon. Ueber den Genossen Haase wird im Geheimen ein Redeverbot verhängt, ohne daß ihm davon etwas mitgeteilt worden ist. Die Plakate haben tagslang dem Publikum verkündet, daß Genosse Haase in der Wählerversammlung spricht, ein dem Oberkommando vorgelegtes Flugblatt enthält ebenfalls den Hinweis auf Haases Referat. Das alles läßt die Polizei nicht an, das Redeverbot über Haase zu verfügen. Eine Wahl, die unter solchen Umständen stattfinden muß, ist von vornherein ungültig. Das Besondere an der Sache ist übrigens noch, daß Haase selbst Wähler des 1. Reichstagswahlkreises ist.

Das Redeverbot und die Auflösung der Versammlung haben in weiten Kreisen großes Aufsehen erregt. Selbst weite bürgerliche Kreise nehmen entschiedene Stellung gegen die Polizei.

So schreibt die „Pössische Zeitung“:

„Im übrigen möchten wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß die Polizei durch ihr Vorgehen in der gestrigen Versammlung den Anschein erweckt hat, als sei ein Eingreifen der Behörden zugunsten einer Partei beabsichtigt. Ganz abgesehen vom rechtlichen Gesichtspunkte sollte doch schon die Erfahrungstatsache ins Gewicht fallen, daß derartige Vorgänge lediglich der extremsten Richtung zugute kommen. Anscheinend lag nicht etwa ein prinzipielles Redeverbot gegen den Abgeordneten Haase vor, sondern der überwachende Polizeioffizier, Hauptmann Schenk, hätte sich bei seinem Einspruch lediglich auf einen Formfehler, der darin bestanden haben soll, daß bei der Anmeldung der Versammlung unterlassen worden sei, Herrn Haase als Redner ausdrücklich zu benennen.“

Die weitere Tatsache, daß eine Begründung für das Redeverbot nicht gegeben wurde und daß auf dem Polizeipräsidium keine Stelle zu finden war, die die Verantwortung nach der einen oder anderen Richtung zu übernehmen bereit war, verstärkt den Eindruck eines bürokratischen Verfahrens, das nicht in Uebereinstimmung mit den Aufgaben des Augenblickes steht.“

In der Freitagssimmer des „Berl. Tageblatt“ schreibt Paul Michaelis in einem Leitartikel u. a.:

„Diese Vorgänge sind in jedem Falle peinlich und bedauerlich. Nur muß man unterscheiden. Wenn sich der Kerger der Versammlung gegen den mit der Ueberwachung der Versammlung beauftragten Beamten richtete, so wandte man sich an eine falsche Adresse. Der betreffende Offizier hatte nur ein Amt und keine Meinung. War ihm der Befehl gegeben, nicht zuzulassen, daß der Abgeordnete Haase das Wort ergreife, so mußte er sich danach richten. Die Verantwortung trifft die politische Polizei, die dem Beamten eine entsprechende Weisung mit auf den Weg gab. Es war deshalb auch ganz korrekt, daß der Abgeordnete Hoffmann zunächst den Versuch machte, mit dem Polizeipräsidium zu verhandeln. Aber er kam nur bis zu dem Polizeirat Dr. Henniger, der wieder erklärte, in der Sache nichts tun zu können. Der Polizeipräsident lehnte es ab, Herrn Hoffmann zu empfangen und ließ ihn schließlich nur durch Dr. Henniger sagen, er möchte Beschwerde führen. Daß die Mitteilung, des Abgeordneten Hoffmann über seine Erlebnisse auf dem Polizeipräsidium in der Versammlung mit Unruhe aufgenommen wurde, ist begreiflich. Man wird die Polizeibehörde nicht von dem Vorwurf freisprechen können, durch ihr Verhalten in dieser Angelegenheit die bisher durchaus ruhig einsetzende Wahlbewegung im ersten Berliner Wahlkreise unnötig verschärft zu haben.“

Jedenfalls eine gefehlte Handhabung für das Vorgehen der Polizei ist nicht zu ersehen. Nach dem Paragraphen 17 des Wahlgesetzes für den Reichstag haben die Wahlberechtigten das Recht, zum Vertriebe der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen

Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten. Es kommt hinzu, daß auf einem von der Zensur des Oberkommandos freigegebenen Flugblatt ausdrücklich der Abgeordnete Haase als Referent für die gestrige Versammlung genannt worden war. Um so unverständlicher erscheint es, daß die Polizeibehörde schließlich Herrn Haase das Wort verbot. Dieser Eingriff bedeutet eine Verletzung des freien Wahlrechts, und nach der bisherigen Praxis des Reichstags, und seiner Wahlprüfungskommission ist anzunehmen, daß in dem gestrigen polizeilichen Verbot ein Grund für die Ungültigkeitserklärung der kommenden Erloßwahl gefunden wird. Die Wähler hätten es dann der Polizei zu verdanken, wenn sie genötigt wären, nach kurzer Frist abermals zur Urne zu schreiten.

Weshalb eigentlich die politische Polizei den Abgeordneten Haase nicht in öffentlicher Versammlung sprechen lassen will, ist schwer zu verstehen. Denn daß sich der Abgeordnete Haase in starker Opposition zur Reichsregierung befindet, genügt zu einem solchen Verbote in keiner Weise. Wir vermuten, daß die Reichsregierung sich selbst für diesen „Liebesdienst“ sehr ernstlich bedanken wird. Und noch ernstlicher müssen die übrigen Parteien, die sich am Wahlkampf beteiligen, von der Polizeipraxis abrücken. Die Reichstagswahlen sind dazu da, den freien Willen der Wähler zum Ausdruck zu bringen. Die Vertreter des bürgerlichen Liberalismus seinen es ganz entschieden ab, mit Hilfe der Polizei um das Mandat im ersten Berliner Wahlkreise zu kämpfen. Und auf dem gleichen Standpunkt steht begrifflicherweise die alte sozialdemokratische Partei. Der „Vorwärts“ legt denn auch bereits gegen das Eingreifen der Polizei die schärfste Verwahrung ein und erklärt einen derartigen Eingriff in die Freiheit einer Partei für unerhörte und gesetzwidrig. „Der freie Kampf der Meinungen soll entscheiden, die Polizei hat sich nichts einzumischen.“ Diesen Grundsatz muß jede Partei unterschreiben, die etwas auf sich hält.

Eine scharfe Verwahrung gegen das gestrige Eingreifen der Polizei ist umso notwendiger, als auch sonst in der letzten Zeit die Behörden das Versammlungsrecht einzuzengen versuchten. So ist dem Landtagsabgeordneten Haentjen dieser Tage in einer Versammlung in dem Kölner Vorort Ralk von dem überwachenden Polizeikommissar untersagt worden, vom preussischen Wahlrecht zu reden, wobei sich der Beamte auf eine Anordnung der „Behörde“ berief. Während also die preussische Regierung selbst das gleiche Wahlrecht fordert, soll es den Staatsbürgern verwehrt sein, dieses Thema auch nur zu berühren. Anscheinend gibt es eben Behörden, die sich über die von der Regierung vertretene politische Richtung selbstherrlich hinwegsetzen und Politik auf eigene Hand treiben. Das wären Zustände, die auf die Dauer nicht ertragen werden könnten. Die Regierbarkeit Herlings hat durch Schwäche und Nachgiebigkeit schon viel herabgemindert. Aber es gibt auch im Kriege noch gewisse Grenzen, die nicht ohne Konsequenzen überschritten werden dürfen. Man darf der Regierung ernstlich nahelegen, von ihrer Autorität den erforderlichen Gebrauch zu machen und die Hindernisse, die dem freien Wahl- und Versammlungsrecht in den Weg geworfen werden, mit eisernem Besen beiseite zu räumen.“

Der „Vorwärts“ behandelt die Vorgänge in einem „Plumpe Polizeiwirtschaft“ betitelt Artikel. Der Kölner und der Berliner Fall werden besprochen. Ueber letzteren sagt das Blatt:

„Wir fragen: war es denkbar, war es menschenmöglich, daß die Sache einen anderen Ausgang nahm? Kein kühlerer Verstand hätte einen besseren Plan erfinden können, die Erregung der dichtgedrängten Versammlung künstlich zu steigern, als es hier durch die Kopfsichtigkeit der Behörde geschehen ist.“

Und was hat die Behörde — in ihrem Sinne — sonst erreicht? Sie hat zwei gewaltige Schläge ins Wasser getan! Die Verhaftung Hoffmanns ist, wie von höherer Stelle beschwichtigend mitgeteilt wird, zwar ausgesprochen, aber nicht ausgeführt worden. Hoffmann war gestern — unbekannt wo, nach 24 Stunden ist er aber ungreifbar, weil er preussischer Abgeordneter ist. Ditto, das Redeverbot gegen Haase muß aufgehoben werden. Bleibt es aufrecht, so kann die Wahl kein Resultat geben, das vom Reichstag, nach seiner ganzen bisherigen Praxis, anerkannt werden könnte. Der Reichstag müßte die Wahl für ungültig erklären, eine Neuwahl müßte stattfinden, und um diese gültig werden zu lassen, müßten alle Beschränkungen der Agitation für alle Parteien aufgehoben werden. Der begangene Fehler muß schleunigst repariert werden, wenn die zu vollziehende Wahl überhaupt noch Giltigkeit bekommen soll; das Redeverbot, das gegen Haase und, wie es heißt, auch noch gegen andere Redner besteht, muß schleunigst aufgehoben werden! ...

Der ist diese Stelle, die so kunstvoll alle inneren Gegensätze zu überwinden und eine geschlossene „innere Front“ gegen sich herzustellen versteht? Mit ihrer Gesetzkennntnis scheint es nicht weit her zu sein, und ihr Verständnis für politische Wirkungen ist gleich Null. Herzhaft aber und

unbekümmert tapert sie in die innere Politik hinein, wie sie — vielleicht auch? — in die äußere Politik hineingetapert ist. In der Wilhelmstraße wischt man sich den kalten Schweiß ab und ringt die Hände, kann aber nichts gegen sie!

Wir würden unsere Pflicht veräumen, wenn wir nicht ein weithin sichtbares Warnungszeichen aussähen. Die Situation des Reiches ist, nach außen und innen, schwer genug, man braucht sie nicht noch durch kopflose Maßnahmen zu erschweren. Die Bevölkerung, die durch Not an allem nötigsten, durch Leid und Sorgen zermürbt, gerade aber in ihren besten Teilen im Punkt ihrer staatsbürgerlichen Rechte mit Recht sehr empfindlich ist, soll man nicht noch mutwillig vor den Kopf stoßen. Und auch die „Staatsautorität“ kann nicht das mindeste gewinnen, wenn sich mit großem Schein erteilte Befehle morgen schon wieder als undurchführbar herausstellen, weil die gesetzlichen und tatsächlichen Grundlagen für ihre Durchführung fehlen. Das ist das sicherste Mittel, aus der „Staatsautorität“ einen Vogelschreck zu machen, um den die Kinder tanzen.

Die jetzige Regierung oder ihre Nachfolgerin muß sich darüber klar sein, daß sie von zwei Wegen einen wählen muß. Entweder kann sie versuchen, durch das System einer lückenlos geschlossenen Diktatur die Lage zu retten, dann legt sie alles auf eine Karte und spielt um ihren Kopf. Oder sie muß in einer schwerbedrängten Situation ihre Zusage zur Freiwilligkeit, zu der mit durchschlagenden Gründen erzeugten besseren Einsicht des Volkes nehmen, und dann darf sie hoffen, durch Freiheit zu erreichen, was durch Zwang nie zu erreichen ist.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, welchen Weg wir für den richtigen halten. Nur das eine möchten wir hinzusetzen: Noch schlimmer als die durchgeführte Diktatur ist das bloße Spiel mit ihr, ist ein System, das ein unympathisches Volk mit einem den Spott herausfordernden Nichtkönnen verbindet. Von diesem System haben wir eben jetzt in Adin und in Berlin zwei Proben erlebt. Es ist genug, allzuviel davon können wir nicht ertragen!

So bemerkenswert die Ausführungen des „Vorwärts“ auch sind, bezeichnend sind aber die Motive, aus denen heraus dieselben geschrieben worden sind: in Besorgnis um die Staatsautorität! Um diesen Staat muß man sich besonders besorgt fühlen!

Auch die Berliner „Volkszeitung“ äußert sich in ähnlicher Weise wie das Tageblatt gegen die gegen uns beliebte Methode. Es muß schon schlimm sein, wenn auch in bürgerlichen Kreisen diese Methode je länger je mehr Widerspruch findet; natürlich aus Staatsinteresse, nicht unserer schönen Augen willen.

Man fühlt auch allgemein, wie sehr diese Dinge unserer Partei zum Nutzen gereichen müssen. Und das möchte man vermieden sehen.

Aktiengesellschaft Robinson.

Von Ludwig Bauer.

Im Frühjahr 1914 hatte sich auf einer kleinen, zerklüfteten Insel, welche Nacht eine sonderbare Gesellschaft zusammengesunden. Um einen jungen Mann und seine sehr blonde Freundin hatten sich allerlei Menschen gesammelt, die durch einen gewissen Abscheu vor den Lebensformen, die sich herausgebildet hatten, vereinigt waren. Gleichgesinnte aus verschiedenen Völkern, Berufen und Lebensaltern besprachen sie den Gedanken, der laut und unfein gewordenen Erde zu entfliehen. Ein jeder wünschte sich nach seiner Religion in Unabhängigkeit zu entwickeln, und ein Zufall wollte, daß jene Menschen plötzlich ein gemeinsames Ziel gefunden hatten. Eine Zeitungsankündigung hatte in jenen Tagen ein nicht unbedeutendes Aufsehen erregt: eine Insel in Südsee, halbtropischer Lage, etwa zwanzig Kilometer breit und zwölf lang, war darin von ihrem bisherigen Eigentümer zum Verkauf angeboten. Die Insel hatte keine Bewohner, war nicht eigentlich herrschaftslos, doch der Staat, der ihr aus den genauen Seefahrten seine Farbe geben durfte, hat sich nie um sie bekümmert. Die Gesellschaft sagte den Beschluß, nach ihr auszuwandern. Das erforderte natürlich gewisse Mittel: eine Nacht, auf der man hinreiste — an eine Küsterteile war nicht gedacht — eine Anzahl von Arbeitern, die sich gewissen schwierigen Arbeiten der Anpflanzung, des Wegebauens und Häuserbauens unterzogen. Jene Leute waren im allgemeinen verwöhnt, und sie wünschten nicht, sich selbst mit solchem groben Handwerk zu quälen. Man sagte den Besatz, die notwendigen Ausgaben durch die Beschaffung von Anteilsscheinen zu decken, und so entstand die „Aktiengesellschaft Robinson“. Ihre Dividende sollte im Ertrage von Glücksgefühl und wirklicher Unabhängigkeit bestehen.

Die Unternehmung glückte. Bald war auf dem fruchtbaren Boden das Nötige angepflanzt, und am erquickendsten war die völlige Abwesenheit von allen Nachrichten aus dem Leben da draußen. Das einzige Gebot, dem die Aktionäre bei strengster Strafe sich unterworfen hatten, bestand darin, daß sie weder versuchten, der Welt Nachrichten von sich zu geben, noch solche von ihr zu empfangen. Die Arbeiter wurden nach verrichteter Werk wieder heimgeschickt im Juli 1914, und nun umging die ganze Gesellschaft eine stillische, geruhige Einsamkeit. Es war die beliebteste Unterhaltung aller Aktionäre, sich auszumalen, was indessen auf der verlassenen Welt wohl alles sich ereignen haben könnte. Es gab da die niedrigsten Einfälle, von denen einige hier mit Verlaß aufgeschrieben sein mögen. Der eine wettete, daß in Berlin ein großes Spielhaus für zwanzigtausend Personen gebaut worden wäre, das Windspiel-Casino heißen würde; ein Zweiter, daß ein europäischer Luftverkehr bereits eingeführt worden sei. Ihr Dasein bot ihnen nur geringe Zerstreuungen, aber eben dies

Eine antisemitische Kandidatur in Berlin I.

Zu der bevorstehenden Erziehung im Reichstagswahlkreise Berlin I stellt die „Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei“, eine in weitesten Kreisen unbekannt antisemitische Organisation, ihren ersten Vorsitzenden, den Privatangestellten Wilhelm Gellert, als Kandidaten auf.

Stimmhaltung der Konservativen.

Der Berliner Deutschkonservative Wahlverein hat, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, beschloffen, bei der bevorstehenden Erziehung im ersten Berliner Reichstagswahlkreise von der Aufstellung eines eigenen Wahlkandidaten abzusehen. Weiter heißt es: „Da die von den bürgerlichen und sozialistischen Demokraten aufgestellten Wahlkandidaten — ganz abgesehen von anderen Gründen — unseren Anschauungen über einen starken deutschen Frieden nicht genügen, empfehlen wir unseren Parteifreunden, zunächst sich der Stimmabgabe zu enthalten. Die Wahl eines Anhängers der Unabhängigen Sozialdemokratie, die dem Deutschen Reich die Mittel zur Kriegsführung verweigert, muß allerdings unter allen Umständen verhindert werden.“

Ueber die Vorgänge in der Versammlung

Sind in der bürgerlichen Presse sensationell ausgeputzte und läugerische Berichte erschienen. So wird von tumultuarischen Szenen und schweren Ausschreitungen berichtet. Von der Galerie sei mit Biergläsern zur Bühne auf den Polizeihauptmann und den ihn begleitenden Schutzmann geworfen worden. Die Polizeibeamten hätten sich den Weg durch die sich flauende Menge mit der Waffe in der Hand bahnen müssen. Bieviele Personen dabei verletzt worden seien, hätte nicht festgestellt werden können.

Tatsache ist, daß durch die Auflösung die schon vorhandene Erregung noch mehr gesteigert wurde und sich in lautem Protest und Rufen Luft machten. Die Beamten verließen die Bühne vollkommen unbehelligt, niemand hat nach ihnen geworfen; sie begaben sich langsam in den Saal, dort erklärte der Polizeihauptmann den Genossen Hoffmann für verhaftet, ohne einen Grund anzugeben. Der Hauptmann forderte dabei die noch Anwesenden wiederholt zum Verlassen des Saales auf und begab sich dann mit Hoffmann dem Ausgang zu, wo es zu starken Gedränge kam. Hier machte der Polizeihauptmann Anstalten, blank zu ziehen; das gelang ihm aber nicht, denn er wurde bedrängt und kam zu Fall. Dabei wurde Hoffmann abgedrängt und ging seiner Wege.

Manche Zeitungen haben sich den Kopf zerbrochen, wo Hoffmann andern Tages sich aufgefunden, weil er in seiner Wohnung nicht anwesend gewesen. Das war überflüssig. Hoffmann glaubte, nichts tun zu sollen, um der Polizei die Verletzung der Abgeordneten-Immunität erleichtern zu helfen. Nach 24 Stunden aber konnte Hoffmann nicht mehr ergriffen werden und die Polizei hatte das Nachsehen. Im Uebrigen lag überhaupt kein Grund zur Verhaftung vor.

Der Zirkus Busch und die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Auf eine Anfrage des Wahlkomitees unserer Partei für den I. Wahlkreis an die Direktion des Zirkus Busch wegen Hergabe des Zirkus zu einer Wählerversammlung hat der Kommissionsrat Busch geantwortet, daß die Räume prinzipiell zu politischen Versammlungen nicht hergegeben würden. Es seien schon andere Antragsteller mit dem gleichen Antrage herangetreten, seien aber abschlägig beschieden worden. Diese Antwort hat unter unseren Parteifreunden schon in der Versammlung im Lehrervereinshaus, in der sie mitgeteilt wurde, Verwunderung erregt. Es ist doch allgemein bekannt, daß der Bund der Landwirte alljährlich seine Paraden im Zirkus Busch abhält und Herr Busch wird doch nicht behaupten wollen, daß diese Versammlungen unpolitisch sind. Ferner hat die Direktion auch den Abhängigen den Zirkus zur Verfügung gestellt und es ist nicht ihre Schuld, wenn die Versammlung nicht stattfinden konnte. Aus diesem Grunde wird die ablehnende Antwort dahin gedeutet, daß sie so erfolgte, weil es sich um die Unabhängigen sozialdemokratischen Partei handelte. Man nimmt wohl das Geld der Arbeiter, verweigert aber die Hergabe der Räume, wenn es sich um die Wahrnehmung politischer Rechte handelt.

Ein Dokument politischen Mameludentums.

Bis zu welchem Grade die Aufgabe der politischen Selbstständigkeit durch die Regierungsozialisten schon gediehen ist, zeigt aufs deutlichste ein Artikel der „Hollischen Volksstimme“ vom Sonnabend. Er ist überschrieben „Kritische Lage“ und beginnt mit einer Stellungnahme zur Kandidatur der Scheidemann im ersten Berliner Wahlkreise. Vollkommen unzweideutig, sozusagen mit brutaler Offenherzigkeit, ist darin zum Ausdruck gebracht, daß die regierungsozialistische Kandidatur Scheidemann in Berlin I einzig und allein dem Zweck diene, die Wahl des unabhängigen Kandidaten zu hindern und dem Fortschrittsmann das

zu erzählen hatten, und auf der kleinen Insel natürlich Begegnungen nicht zu vermeiden waren. Schließlich waren die beiden bewaffnet, die Aktiäre jedoch wehrlos; wenn also die Matrosen einen Wunsch äußerten, so mußte er natürlich erfüllt werden. Auf einmal waren die Einsiedler zu Jovialisten geworden, die dem Befehle der bewaffneten Macht ergeben gehorchen mußten, und die Matrosen fügten natürlich ihre Gewalt und neigten dazu, sie zu gebrauchen. Doch noch viel ärger war dies, daß die ganze Weltgeschichte, das ganze ungeheure Schicksal der Welt auf rätselhaften Wegen plötzlich über die Insel strömte. Die Robinsonleute, die ein Jahr lang gar nichts erfahren hatten, erfuhr jetzt alle Heeresberichte, alle Meldungen der Agenturen, alles, was berichtet, enthüllt, geflüstert, gelehrt, gehehrt, gelogen wurde. Die Matrosen, die ja sonst nichts weiter zu tun hatten, und die Aktionäre für sich sorgen ließen, erzählten diesen alles, was es Neues gebe, und diese konnten sich solche unerwünschte Kenntnis nicht einmal verbitten, denn die Matrosen waren ja ihre Herren. Die Aktionäre hörten derart all die ungeheuerlichen Verleumdungen; auch um ihre Seelen wurde darin geworden, und hier und da begab es sich, daß einer den andern scharf ansah, um sich zu vergewissern, welchem Volke jener denn eigentlich angehöre, ob er einer der Feinde sei, die so rachslos den Krieg entfesselten und solche Schwandlügen dreist verübten. Freunde und Genossen waren sie hier, lebten hier zusammen und waren sich doch darüber klar, daß, wenn sie nicht zufällig auf diese Insel zur rechten Zeit verschlagen worden wären, sie sich gegenseitig das kalte Eisen in die Bäuche stöhen, einander mit Flammen begießen müßten.

Immerzu funkte es um sie, immerzu erzählten die Matrosen, und in jenen Einsamen Krieg manchmal ein heiserer Zorn auf, die verlassene Welt in ihnen erwachte, aus Robinson-Aktionären wurden sie wieder die Engländer, Deutschen, Franzosen, Russen von einst, und es entrüstete sie, wenn der andere nicht einsah, wie schlecht seine einstigen Volksgenossen handelten. Es gab erregte Wortgefechte, und am Ende wurden da und dort und immer mehr festgefugte Freundschaften zerrissen. Ihr Führer, der seitlich nicht ihr Haupt war, suchte sie zu besänftigen; er sagte ihnen, daß sie als Robinson-Aktionäre die ganze Geschichte nichts mehr angehe, daß sie ja der Welt hatten entgegen stellen, ihr also nicht gestatten dürften, daß sie tüdlich sich ihrer Seelen bemächtigte. Er erinnerte sie an ihr frohes Leben, bevor sie noch nichts vom Kriege wußten — der Umstand, daß sie draußen sich zerfleischten, hätte doch an ihre Verschicktheit und ihrem Wert für einander nichts ändern können. Einige von ihnen versuchten, neutral zu sein, und zu diesen kamen die anderen immer, ihr Urteil herausfordernd; wie aber dieses gesprochen war, da stellte es sich heraus, daß selbe Streitende nicht zufrieden waren und, dem Schiedsrichter grollend, sich entzweiten.

war jenen von der modernen Kultur Uebermüdeten recht. Einmal hörten sie aus weiter Ferne ein unerträglich heftiges Geräusch, und einer von ihnen, der Offizier gewesen war, behauptete, das müsse Kanonendonner sein, es werde also wohl Krieg auf der Welt geben. Aber man lachte ihn aus. Eines Tages sahen sie ein Schiff fahren, das aber geradewegs auf ihr Eiland Kurs nahm. Obwohl sie keine Nachrichten von der Welt zu erfahren beschlossen hatten, waren sie doch alle sehr erregt über dies Abenteuer und erwarteten mit Spannung, was sie nun hören würden. Ein Motorboot mit Matrosen landete. Als diese bemerkten, daß es auf der Insel Menschen gebe, erlauteten die Anstimmungen, jubelten und lehrten alsbald mit einem sonderbaren Instrument wieder. Die Robinson-Aktiengesellschaft konnte sich nicht erklären, was jenes unbegreifliche Benehmen bedeute, doch der Offizier unter ihnen schrie: „Das ist ja ein Maschinengewehr!“ Sofort ergriff er ein weißes Tuch und hob seine Hände hoch, die übrigen folgten seinem Beispiel. Als die Matrosen dies bemerkten, näherten sie sich und erfuhren nunmehr, wie harmlos die Einwohner der Insel wären. Doch der Kommandant der Landungstruppe wollte das durchaus nicht glauben, sondern vermutete hierin ein besonders heimtückisches Komplott. Er verlangte durchaus, die Vollgepapiere der Robinsonleute zu sehen, und als diese ihm erklärten, sie besäßen nichts dergleichen, war der Kommandant ganz verzweifelt, er konnte also nicht einmal die Staatsbürgerrechte der Anwesenden feststellen; das war ihm um so wichtiger, als er doch die einen von ihnen als Feinde internieren mußte. Als Feinde? Die Robinsonleute begriffen noch immer nicht, es waren unter ihnen frühere Angehörige aller erdenklichen Staaten, und als westerfahrene und oben deshalb auch weitmüde Leute sprachen sie die verschiedensten Sprachen mit gleicher Vollkommenheit. Sie waren einmal Engländer, Deutsche, Franzosen und Russen gewesen, aber der Kommandant konnte durchaus keine Gewißheit bekommen, welche seine Volksbrüder und welche seine Feinde seien. Er erklärte ihnen also, daß der Weltkrieg ausgebrochen sei. Er wollte auf der Insel eine Station für drahtlose Telegraphie und ein Depot für Unterseeboote errichten; aber er hatte Angst, dort vor einer Ueberzahl eine Wache zurückzulassen. Er forderte deshalb die Robinsonleute auf, ihm alle auf sein Schiff zu folgen und die Insel zu verlassen. Diese wollten sich entschieden, und aus verschiedenen Gründen wollte der Kommandant in diesem von seinem Befehle nicht vorgeesehenen Falle nicht Gewalt ergreifen. So ließ er seine zwei Matrosen als Wache zurück, wohlbewaffnet und mit genügend Nahrungsmitteln versehen, um auch zehnmal mehr Leute umzubringen, als auf der Insel Aktionäre vorhanden waren.

Da standen nun die armen Aktionäre — die Welt war auf einmal zu ihnen gekommen, und zwar in ihrer absonderlichsten Gestalt. Nicht so sehr die beiden Matrosen waren die Störung, obwohl sie natürlich genug

Mandat unter allen Umständen zu sichern.

Die Vollstimme schreibt:

Den Fortschrittler ist die sozialdemokratische Kandidatur sehr unangenehm. Sie hatten erwartet, daß im Hinblick auf die Mehrheitsbildung im Reichstag und die allgemeine Lage die Sozialdemokratie davon absehen werde, ihrem Kandidaten Konkurrenz zu machen. Aber die Sozialdemokratie konnte nach Lage der Sache gar nicht anders, als mit einem eigenen Kandidaten vorzugehen, um nicht den Wind in die Segel der Unabhängigen zu treiben. Bei zwei sozialdemokratischen Kandidaten braucht am Ende die Fortschrittliche Volkspartei weniger um das Mandat zu fürchten als bei einem. Denn wenn die beiden sozialdemokratischen Kandidaten zusammen mehr Stimmen auf sich vereinigen, als der vollparteiliche Kandidat, dann muß es zur Stichwahl kommen, an der unter allen Umständen die Volkspartei beteiligt sein wird. Von den beiden sozialdemokratischen Kandidaten wird aber nicht der unabhängige Kandidat, ein auf dem äußersten radikalen Flügel stehender Mann namens Müller, sondern der Mehrheitskandidat, Genosse Helmman, mit dem vollparteilichen Kandidaten Dr. Kampner den entscheidenden Kampf auszufechten haben, bei dem natürlich die Unabhängigen nicht für unseren Kandidaten eintreten, sondern sich der Abstimmung enthalten werden, so daß der vollparteiliche Kandidat gewählt wäre."

Kann man die Grundlosigkeit, Bedenkenlosigkeit weiter treiben? Man denke: die Scheidemänner stellen einen eigenen Kandidaten auf, um den unabhängigen Kandidaten nicht in die Stichwahl mit dem Fortschrittler gelangen zu lassen, da sonst der Sieg der Fortschrittler in Frage gestellt würde. Sie (die Regierungsozialisten) hoffen vielmehr selbst in die Stichwahl zu kommen, aber nicht zu dem Zwecke, dann das Mandat zu erobern, sondern um in der Stichwahl mit den Fortschrittler zu unterliegen und auf diese Weise den Bürgerlichen das Mandat zu sichern!

Weiter kann die politische Selbstentmannung von einer Partei wirklich nicht getrieben werden! Und jene Leute, die so etwas schreiben oder mit zu verantworten haben, wundern sich noch, daß die Arbeiter, denen das ihnen in den Kämpfen der Vorkriegszeit von der Sozialdemokratie anerzogene politische Ehrgefühl ersichtlicherweise noch eigen ist, sich von der Scheidemann-Partei abwenden, in der der schlimmste Dummheitsgeist herrscht!

Schließlich wollte eine jede der beiden Gruppen von der andern sich trennen, man beschloß, Grenzen zu ziehen. Doch da hielten alle sich für überverteilt, schalteten die andern als Beuteilnehmer und gewalttätig, und es kam zu wildem Streit zwischen ihnen, ja einige der Robinson-Aktionäre vergaßen sich sogar so weit, miteinander zu raufen und sich zu prügeln. Die Matrosen sahen ihnen laufend zu. Doch an eben jenem Tage ereignete sich etwas sehr Ueberraschendes: die beiden Matrosen erhielten einen Funkpruch, der ihr ganzes Benehmen veränderte, sie schienen bestürzt, nahmen ihr Depot zusammen in aller Eile, brachen den Mast der Robinson-Katzen ab und stürzten in ihr Boot, ohne sich in ihrer Hast um die Robinson-Aktionäre, die sich gegenseitig verschanzten hatten, weiter zu kümmern. Auf dem Meere draußen aber gab es eine richtige Seeschlacht, Bomben zerrissen das Wasser, daß es in Fontänen aufspritzte, und auf einmal war auch das Boot mit den Matrosen nicht mehr zu sehen. Dann flogen riesige Geschosse auch auf die Robinsoninsel, deren Insassen sich in Löcher und Gruben zu bergen versuchten; sie liefen aus ihren beiden Verschützungen durcheinander, dachten gar nicht, daß sie doch Freund und Feind wären, sondern suchten nur ihr bürgerliches Leben zu retten vor diesem glühenden Eisen, das ihre Schönheit da grauenerregend und sinnlos zerriss. Aber das dauerte nicht lange, dann erglänzten in der andröhnenden Nacht geisterhafte Scheinwerfer immer ferner, und auf einmal grallte die Seeschlacht ganz weit, und eine tiefe Stille kam über die Robinsoninsel. Am nächsten Tage lag sie ganz einsam da, keine Nachrichten kamen mehr von der Welt da draußen, und nichts als riesige Erdlöcher, in denen entwurzelte Bäume gemordet lagen und anklagend ihre Reste austreteten, und zertrümmerte Hütten erinnerten noch an das Geschehene. Die Robinson-Aktionäre besahen den Schaden, er mußte ausgebessert werden, und dazu bedurfte es ihrer vereinten Kraft, und so gingen sie ans Werk, ohne weiter viel nachzudenken. Das war nun selbstverständlich und mußte sein. Und weil sie gar nichts mehr hörten von all dem Unfug in einer unwirklichen Ferne, sahen sie ihre Genossen mit Augen, auf denen keine Tränen mehr lagen. Es fiel ihnen nicht mehr ein, daß der andere ein verrückter Bösewicht sei, und daß es eigenlich besser wäre, ihn umzubringen. Warum denn nur? Sie schämten sich voreinander ihres Stozes darüber, daß Leute, die einmal unter demselben Parallellkreise und außerdem auch im selben Meridian wie sie geboren worden waren, besser Pflanzsäure zu gebrauchen verstanden; sie sahen nicht mehr ein, was damit bewiesen sei, und sie folgten zum erstenmal ein gemeinsames Gebot: Nie wieder an die Schmach zu erinnern. Auf der Robinsoninsel lebten wieder glückliche Aktionäre.

Dies, meine Freunde, ist eine wahre Geschichte. Vielleicht noch nicht heute — aber geht acht, ob sie nicht morgen schon wahr ist!

(Wasser National-Ztg.)

Die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien und Konditoreien und eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit in diesen Gewerbetreibenden enthält. Er bestimmt u. a.: In allen gewerblichen Bäckereien und Konditoreien müssen am den Werktagen alle Arbeiten mindestens von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig ruhen. In der gleichen Zeit müssen in Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten aller Art, Pensionen, Heilanstalten, Fabrikantinnen, Warenhäusern, Mühlen und anderen gewerblichen Betrieben alle Arbeiten und Vorarbeiten ruhen, die zum Herstellen von Bäckereiwaren dienen; dies gilt auch für Bahnhofsrestaurants. In den Anlagen, in denen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit der Gesellen, Lehrlinge 8 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreitet, kann die Ruhezeit um 10 Uhr abends beginnen und auf 8 Stunden verkürzt werden. In den gewerblichen Bäckereien und Konditoreien im Sinne des Gesetzes gehören auch die Bäckereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Vereinen. Diese Vorschriften finden auch auf die Anlagen zum Herstellen von Zwieback, Reis, Biskuit, Honigkuchen, Waffeln oder Waage Anwendung. Die von der Landeszentralbehörde bestimmten Behörden können auf Antrag für ihren Bezirk oder für Teile desselben widerruflich eine Verschiebung der Lage der neun- oder achtfünftägigen Betriebsruhe um höchstens eine Stunde genehmigen.

An Sonn- und Festtagen darf in Bäckereien und Konditoreien höchstens 5 bis 9 Uhr vormittags gearbeitet werden. Außerdem dürfen nach 6 Uhr abends (an zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen nur am zweiten Tage nach 6 Uhr abends) während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebes am folgenden Werktag notwendig sind. Das gleiche gilt für alle Arbeiten und Vorarbeiten, die in den Betrieben zum Herstellen von Bäckereiwaren dienen. Von drei aufeinanderfolgenden Sonn- oder Festtagen gilt der dritte Tag als Werktag. Die Landeszentralbehörden können für das Staatsgebiet oder für einzelne Bezirke die Arbeit an Sonn- und Festtagen noch weiter einschränken oder ganz untersagen oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen und das Herstellen und Ausfragen leicht verderblicher Konditoreiwaren an zwei weiteren Stunden außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes gestatten.

Die von der Zentralbehörde bestimmten Behörden können unter Vorbehalt des Widerrufs gestatten, daß abweichend von diesen Vorschriften während der vorgeschriebenen Ruhezeiten und an Sonn- und Festtagen Arbeiten ausgeführt werden, die notwendig sind: a) in Notfällen oder im öffentlichen Interesse, b) zur Bewachung von Betriebsanlagen, c) zur Ausbesserung von Betriebsanlagen, sofern diese ohne erhebliche Störung des Betriebes nicht in der zugelassenen Arbeitszeit vorgenommen werden können. Sie können ferner gestatten, daß während der Messen, Jahrmärkte und Volksfeste Arbeiten zum Herstellen von Bäckereiwaren und Konditoreiwaren auch innerhalb der vorgeschriebenen Ruhezeiten und an den Sonn- und Festtagen ausgeführt werden.

Der Tag, mit dem das Gesetz in Kraft tritt, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt. Es entspricht dem Wunsche aller Beteiligten, daß gegebenenfalls das Gesetz sofort in Kraft gesetzt wird, wenn die jetzt geltende Anordnung aufgehoben wird. Da sich in keiner Weise voraussehen läßt, wann dies der Fall sein wird, so erscheint es notwendig, das Gesetz fertigzustellen und den Zeitpunkt, wann es in Kraft tritt, einer schnell zu erwerbenden Verordnung vorzubehalten.

Durch das Gesetz sollen die gesamten Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien und beteiligten Gewerben und Industrien einheitlich und gleichmäßig geregelt werden. Der Geltungsbereich der neuen Bestimmungen würde wesentlich größer sein als der der Bekanntmachung vom 4. März 1896 und der von den höheren Verwaltungsbehörden auf Grund des § 105c erlassenen Vorschriften über die Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien, denn unter die vorgeschriebenen gesetzlichen Bestimmungen würden auch die Bäckereien und Konditoreien fallen, in denen keine gewerblichen Arbeiter beschäftigt werden. Ferner würden die Nachtarbeitsvorschriften auch für alle Anlagen gelten, in denen Zwieback, Reis, Biskuit, Honigkuchen, Gebäcke, Waffeln oder Waage hergestellt werden. Außerdem würden die Vorschriften in vollem Umfange auch auf alle Arbeiten Anwendung finden die in Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten, Warenhäusern, Bahnhofsrestaurants usw. zum Herstellen von Bäckereiwaren und Konditoreiwaren dienen.

Als einen wesentlichen Mangel der Regierungsvorlage müssen die vielen Ausnahmen bezeichnet werden, die der Gesetzentwurf zulassen will, wofür ein Bedürfnis schwerlich nachzuweisen sein dürfte. Auch die Beschlüsse, die den Landeszentralbehörden für Einschränkung der gesetzlichen Vorschriften eingeräumt werden sollen, scheinen erheblich zu sein. Die Maßnahmenberechtigung kann für die in diesem Gesetzentwurf in Frage kommenden Betriebe ohne weiteres gesetzlich vorgeschrieben werden. Da es so lange gedauert hat, bis man sich im Reich zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien und verwandten Betrieben entschlossen hat, sollte man gründliche Reformen vornehmen.

Neben die Arbeitszeit in Bäckereien anderer Staaten werden in der Begründung des Entwurfs einige Anträge gemacht.

In Norwegen ist vorbehaltlich gewisser Ausnahmen, die Beschäftigung der Gesellen und Lehrlinge von 7 Uhr abends bis 3 Uhr morgens verboten. In Dänemark und Schweden ist das Verbot des Betriebes von 6 Uhr des Vorabends bis Mitternacht

des Sonn- und Feiertags unterjagt. Doch ist gestattet, vor Mitternacht die Säuerung des Teiges und die Feuerung der Öfen vorzunehmen.

In Schottland ist seit 30 Jahren die Arbeitszeit in Bäckereien auf die Zeit von 5 bis 6 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags eingeschränkt.

In Italien wurde durch Gesetz verboten, in gewerblichen Betrieben zur Erzeugung von Brot und Gebäckbäckereien in der Zeit zwischen 9 Uhr abends und 4 Uhr morgens zu arbeiten oder arbeiten zu lassen; nur Samstags darf die Arbeit bis 11 Uhr abends ausgedehnt werden.

Im Kanton Tessin ist durch Gesetz betr. die Arbeit in Brot- und Feinbäckereien bestimmt, daß jeder Arbeiter das Recht auf Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages hat. Die Nachtarbeit ist verboten.

In Finnland ist durch Gesetz bestimmt, daß in Bäckereien, vorbehaltlich gewisser Ausnahmen, nur an den Werktagen und im Zeitraum von 24 Stunden nur zwischen 6 Uhr morgens und 9 Uhr abends gearbeitet werden darf.

In Griechenland ist die Nachtarbeit verboten.

Im Kanton Zürich hat der Regierungsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem in Bäckereien in der Zeit vom 1. April bis 30. September frühstens um 3 Uhr morgens, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März um 4 Uhr morgens mit der Arbeit begonnen werden darf.

Die spanische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem bestimmt wird, daß bei der Brotverzehrung sowie bei der Erzeugung von Zuckertwaren, Pastetenbäckereien und ähnlicher Waren jede Nachtarbeit durch sechs aufeinanderfolgende Stunden zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh verboten wird.

In Ungarn hat das Ministerium für die Kriegsdauer alle zur Herstellung von Brotorten und sonstigen Bäckereien erforderlichen Arbeitsverrichtungen zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr früh verboten.

Der Schweizerische Bundesrat hat für den Kriegsfall eine Bestimmung erlassen, wodurch in sämtlichen Bäckereien und Konditoreien, einschließlich der Nebenbetriebe, die Herstellung von Backwaren jeder Art zwischen 7 Uhr abends und 4 Uhr früh verboten wird.

Diese Beispiele beweisen, daß die Nachtarbeit in Bäckereien, Konditoreien und Nebenbetrieben überall entbehrt werden kann. Die Nachtarbeit hängt auch weniger vom Arbeitsverfahren als von den Ansprüchen und Gewohnheiten der Konsumenten ab. Im Interesse der Nachtruhe der Bäckerarbeiter werden vernünftig denkende Menschen morgens gern auf stärke Semmeln verzichten.

Allgemeine Nahrungsmittelfälschung.

Der soeben erschienene Bericht der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig, erstattet von dem Direktor Professor Dr. Armin Köhlig, ist von allgemeinem Interesse. Er stellt zunächst in aller Klarheit fest, daß Preiswucher, Kettenhandel, Schleichhandel, Hamsterei, Diebstahl, Verfälschung und Nahrungsmittelverderbung sich zu einer schwer zu tragenden Plage entwickelt haben. Ihrer Bekämpfung gilt auch ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit der Anstalt.

Auf dem Gebiet der Nahrungsmittelverfälschung in der Kriegszeit treten besonders drei Erscheinungen deutlich und auffällig hervor, die fortschreitende Mineralisierung der Nahrungsmittel, die ungewöhnliche Wertsteigerung des Wassers in der Gestalt der Nahrungsmittel und die über die restlose Ausnutzung von menschlichen Nahrungsmitteln hinausgehende Verarbeitung untauglicher, selbst verborbener Stoffe, Gips, Schlammreste stehen um so höher im Preise, als sie Anwendung finden bei der Herstellung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, sei es als Zusatz zu Streumehl, sei es als Bestandteil von Backpulvern, als Streckungsmittel für Gewürze, Maun, Schwefelsäure, Natron (Saubersalz), Kochsalz, selbst Bolus und Soda tauchen als Streckungsmittel auf. Auch Holzmehl, Strohmehl, Steinmehl sind begehrte Artikel geworden und finden Abzug zu unglaublichen Preisen. Noch krasserer Unfug treibt man aber mit dem Wasser als Fälschungsmittel, das sich vielfach sehr gut eignet und noch den Vorteil hat, daß es unbegrenzt zur Verfügung steht und nichts kostet. Ueberall, wo man hinsieht, ist ein Answellen des Wassergehaltes bemerkbar, hier in Hamsterei, dort wieder in dreifacher Menge. Mit Wasser streicht man die Milch, Wasser trinkt man in übermäßiger Menge in der Wurstkonserve, im Hackfleisch, im Quark, in der Butter, in Marmelade, Fruchtmusen, Spirituosen, in der Seife. Bestand schon allgemeine Enttäuschung darüber, daß ein dünner gefärbter Pflanzenstängel mit etwa 98 Prozent Wasser zu Preisen bis zu 12 Mark für das Alter abgesetzt wurde, so zeigt ein anderer hier vorgekommener Fall noch drastischere Verhältnisse. Eine als Kugelerkerfay angebotene Pflanzenstängelbildung mit 98,8 Prozent Wassergehalt und einem Herstellungspreis von etwa 20 Bfg. wurde mit 14 Mk. das Stück angeboten. Gewisse Bewunderung mußte auch eine Butter für den Fachmann wegen der Kunst ihrer Zubereitung entlocken, zeigte sie doch einen Wassergehalt von rund 54 Prozent gegen etwa 12 bis 14 Prozent normal.

Gleichermaßen Abfälle des Schlachthofes werden zu Wurst und Salzen verarbeitet, Mehrlin zu Brot verbacken, Fischlerlein in Bäckereipulver verkauft. Angst und Sorge mancher Hausfrau veranlaßt sie zu unvernünftigen hohen Ausgaben für Feinbrot, Salatöl, Salz und andere Erzeugnisse, die ihr Dasein zum größten Teil der Angst der Städtin in bezug auf die veränderte Ernährung verbaufen. Seitdem die wirklich guten Erzeugnisse wie Margarine, Speiseöle, Kriegsmarine-

An unsere Leser!

Der Verlag des Mitteilungsblattes sieht sich genötigt, den Preis für die Einzelnummer von **10 auf 15 Pfennige** vom 1. Oktober ab zu erhöhen.

Die Gründe für diese Preiserhöhung liegen klar zu Tage: Die Erhöhung der Preise für Druck und für alle zur Zeitungsherstellung benötigten Materialien sind in einer Weise gestiegen, daß es unmöglich wird, den bisherigen Bezugspreis beizubehalten. Vom 1. August ist der Druckpreis um 25 Prozent erhöht, wozu vom 1. Dezember eine weitere Erhöhung von 15 Prozent hinzukommt. Eine neue Papierpreiserhöhung steht bevor. Wir sind nicht in der Lage, wie viele andere Zeitungen, aus Inserateneinnahmen uns zum Teil schadlos zu halten; wir sind lediglich auf den Abonnementspreis angewiesen. Dazu kommt: Die großen Tageszeitungen erhalten für jeden Doppelzentner Papier, den sie verbrauchen, zu dem gesteigerten Papierpreis einen Reichszuschuß von 18 Mark. Wochen- und Monatsblätter sind von diesem Reichszuschuß ausgenommen. Wir sind also auf uns allein angewiesen. Mittel, um dauernde Zuschüsse zu leisten, stehen uns nicht zur Verfügung.

Wir sind sicher, daß unsere Leser und Parteigenossen diese Gründe würdigen und mit aller Kraft für die weitere Verbreitung unseres und ihres eigenen Blattes wirken werden. Wir glauben auch, daß es nur dieses Hinweises bedarf, daß unsere Freunde uns auch fernerhin die Treue bewahren werden, die sie in dieser schweren Zeit uns und ihrer Sache bisher bewiesen haben. Auf unsere Funktionäre, die bisher in so opferfreudiger Weise die Verbreitung unseres Blattes bewirkt haben, rechnen wir auch in Zukunft.

Das Postabonnement

beträgt für das Vierteljahr **2,10 Mk.** einschließlich Bestellgeld. Die Abonnenten, die ihr Blatt durch die Post beziehen, wollen umgehend ihre Bestellung bei ihrem zuständigen Postamt erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Für die Kreuzbandabonnenten kostet das Blatt vom 1. Oktober ab wegen der von diesem Zeitpunkt ab in Kraft tretenden höheren Portosätze **pro Vierteljahr 2,70 Mk.**

Das Feldpostabonnement ist auf **1,50 Mk.** für das Vierteljahr festgesetzt. Der Betrag muß vorher an den Kassierer **S e r b s t**, Schiälerstr. 5, eingesandt werden.

Redaktion u. Verlag des „Mitteilungsblatt“
Schiälerstraße 5.

laden, Fleischbrühwürfel, Kunsthonig und anderes in den Kreis der Bewirtschaftung einbezogen sind, zum Teil ihre Herstellung durch Beschlagnahme der Rohstoffe unmöglich gemacht ist, hat sich eine wahre Sturmflut minderwertiger Ersatzlebensmittel über die Hausfrau ergossen. Verursacht und Unberufenen wurden Fabrikanten, und zahllose „Lebensmittelwerke“ erzielen Gewinne, die sie früher nie geträumt haben. Die Not der Zeit machte alles, selbst den offensichtlichsten Schund absetzbar.

Im Kapitel „Fleisch und Fleischwaren“ wird mitgeteilt, daß selbst die früher nur für Futterzwecke verwendeten Abfälle, wie die Fleisch-, Sehnen-, das Hundefutter staunenswerte Handelserlöse erzielen. In wiederholten Fällen ist die Anstalt der Verwertung dieser Abfälle bei ihrer Verwendung zu menschlichen Nahrungsmitteln, wie Blut-, Leberwurst und Sülze oder als Bratfleisch emgegengetreten. Großer Unfug wird mit dem Abfall von Fleischbrühe durch Fleischer getrieben, wenn es sich um selbstbereitete handelt. Der Mangel an erhaltenden Knochen oder Fleisch wird ersetzt durch reichliche Zugabe von Gewürzen und farbigen Knochenextrakt; so erreicht man einen täglichen Umsatz von 150 bis 200 Liter „Fleischbrühe“, die zum Preise von 20 Pfg. das Liter abgesetzt wird und einen hohen Extravergdienst ermöglicht. Nicht minderwertig erwiesen sich die Dosenkonserven, als Leberwurst bezeichnete wurde doch bei einem verhältnismäßig hohen Wassergehalt nur geringer, selbst bis auf 1,47 Prozent herabgehender Fettgehalt ermittelt. Eine von der Leipziger Lebensmittelversorgungsgesellschaft durch Vermittlung der Zentraleinkaufsgesellschaft während der Messezeit eingeführte harte **F e r v e l a t w u r s t**, die das Pfund mit 19 Mark abgesetzt wurde, zeigte verschiedene Mängel, darunter vor allem einen unzulässigen und hohen Mehlgehalt.

Nicht ohne besondere Bedeutung erscheinen auch jene wiederholt vorgekommenen Fälle der Milchfäulung, in denen die eigene Not, der Hunger, die Triebfeder des Verbrauchens war. Viele strecken die Milch, um bei der herrschenden Knappheit alle Kunden voll befriedigen zu können, auch eine Notlage, für die allerdings der Bürger, der den vollen Milchpreis entrichten muß, kein Verständnis hat.

Zum Kapitel **Bro**t wird berichtet: Wenn wir uns schon mit Kriegsbrot beschäftigen müssen, so können trotz alledem große Unsauberkeit und unangenehmliche Backfehler unter Umständen durch die Kriegsnotzeit entschuldigt werden. Unter den im Brot vorgefundenen Fremdkörpern sind **M ä u s e** (zweimal), **Flaschenspäne**, **Watte**, **Dyrol** (einmalig), **Papier**, **H o l z**, **Stroh**, **Gips**, **Kreide**, **Holzsplitter** und **Sand** beobachtet worden. Unbegreiflicherweise erhielt das Brot einer großen Bäckerei etwa 0,13 Proz. Kupfer in Gestalt des Grünspanns und wirkte direkt gesundheitschädlich. **Kaffee**, **Schimmel** und **madenhaltiges Brot** deuten auf schwere Fehler im Backbetriebe und auf großen Mangel an Sorgfalt! Auch die Eigenschaft des fadenziehenden Brotes ist wiederholt beobachtet worden.

Ein aus einem Produktengeschäft bezogener **K o r e r Z u c k e r** enthielt 10 Prozent Mehl. Messerminztabletten zeigten kriegsmäßige Aufmachung und enthielten etwa 60 Prozent Saltemulde. Ein schwerer Unfall, der den Tod eines zwölfjährigen Mädchens nach sich zog, das Arsenik für Zucker gehalten und genossen hatte, war der Anlaß zur Nachprüfung vieler Proben ausländischer **S o n n e n e r z e u n i s s e**, die nicht giftig waren, aber starke Rinderwertigkeit erkennen ließen. Im Pfeffer fand man bis 84,7 Proz. **Äsche**, bis 2,1 Proz. **Sand**.

Unter den eingekauften **M a r m e l a d e n** mußten Beanstandungen wegen zu starken, bis 73 Proz. ansteigenden Wassergehaltes, gegen 45 Proz. normal, **Dünnflüssigkeit**, schlechten Geschmacks und vielfach auch wegen Verderbenheit und Unsauberkeit ausgesprochen werden. Die Hauptklagen über Marmelade, **Kriegs-** und **Mäbennus** richten sich immer wieder gegen vielfach beobachtete Verunreinigungen und gegen den hohen Wassergehalt, der zweifellos auch von einigen Kleinbäckern aus unläuterer Gründen nachträglich zugefügt worden ist.

Kakao wird mit Schalengehalt, ja sogar **Schalenpulver** allein als Kaka in den Handel gebracht. Solcher **Schwindel** muß auch in belgischen Orten stark betrieben werden, wie die Untersuchung mehrerer von Soldaten ihren Angehörigen mitgebrachter, sehr teuer bezahlter **Kakaopulver** bewies. Wie groß die auf diesem Wege betriebene Verunreinigung ist, mag daraus hervorgehen, daß der Höchstpreis für ein Kilogramm **Kakaoschalenpulver** 4,8 Pfg. beträgt, von Soldaten und Offizieren in Belgien aber mit 48 Mark für ein Kilo bezahlt wurde. Eine als „Kriegsware“ bezeichnete muffarbig aussehende Schokolade mit geringwertigem Geschmack enthält an Stelle zugefügter **Kakaobutter** slartige **Randelmasse**.

Die durch gerichtliche **E r s i e d i u n g s u r t e i l e** ausgeworbenen Geldstrafen erreichten in den Fällen, in denen Beamte der Chemischen Untersuchungsanstalt als gerichtliche Sachverständige tätig waren, die Höhe von 37 800 Mk., gegen 17 365 Mk. im Vorjahre. Auf Freiheitsstrafen wurde erkannt 1916 in neun Fällen, 1917 in zwölf Fällen.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Die **Nahm**envergolde verlangten von ihren Arbeitgeberern eine **Teuerungszulage** von 30 Pfg. pro Stunde. Dadurch würde der Stundenlohn auf 2 Mk. steigen. Die Arbeitgeber wollten diese Forderung nicht bewilligen. Schließlich kam eine Verständigung dahin zustande, daß 15. Pfg. am 1. Oktober, weitere 15 Pfg. am 1. November gezahlt werden. Eine Branchenversammlung der **Nahm**envergolde stimmte diesem Abkommen zu.

Die **Berks**tättenarbeiter und -arbeiterinnen der Hoch- und Untergrundbahn haben Lohnforderungen gestellt. Die Direktion hat dem Ersuchen nur ganz unzulänglich entsprochen. Vertreter des Metallarbeiterverbandes haben dem Oberkommando am 2. Juli die Sachlage unterbreitet, ein Ergebnis hat die Eingabe bis heute noch nicht gehabt. Die Arbeiter des Vertriebes haben in neuerlichen Besprechungen die Organisationsvertreter ersucht, nochmals beim Oberkommando vorstellig zu werden mit dem Bemerkten, daß die Arbeiter auf Entscheidung drängen und unter allen Umständen an ihrer Forderung von 25 Pfg. Erhöhung pro Stunde festhalten.

Die **Süß**kräfte beim Berliner Magistrat haben in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu der vom Magistrat zu zahlenden einmaligen **Teuerungszulage** genommen. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der verlangt wird, daß die einmalige Teuerungszulage sich in der Höhe bewegen soll, wie bei den Beamten. Daß ferner bei sechsmonatlicher Beschäftigung $\frac{1}{2}$, bei dreimonatlicher die Hälfte, bei einmonatlicher $\frac{1}{3}$ der Zulage zu gewährt ist. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, die Forderungen mit Nachdruck zu vertreten.

In der **General**versammlung der **Schneider** (Ordnungsverwaltung Berlin) teilte der Kollege **K i s c h e r** mit, daß der bisherige erste Bevollmächtigte **R u n z e** zum 1. Januar seinen Posten gelündigt habe. **R u n z e** gab auf Befragen nach dem Grund an, daß er wiederholt Vorwürfen ausgelegt war, die unbegründet seien. Er habe sich einer Wiederwahl unterzogen in der Meinung, daß die Vorwürfe ausbleiben würden. Das sei aber nicht geschehen. Darauf wurde entgegnet, daß **R u n z e** in einer Weise den Mitgliefern gegenüber aufgetreten sei, als ob sie keinerlei Rechte hätten. Das ließen die Mitgliebler sich nicht gefallen und wendeten sich mit Recht gegen eine solche Behandlung.

Die **Bäcker** Berlins waren am Dienstag im **Gewerkschaftshaus** versammelt, um den Bericht über die Lohnforderungen entgegenzunehmen. Wie der Berichterstatter **Parth** mitteilen konnte, sind die drei in Frage kommenden Arbeitgebervereinigungen zu einem Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Bäckerverbande bereit. Zu diesem Zwecke sollen in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden. Die **Bereitwilligkeit** der Arbeitgeber scheint aber in der Absicht zu er-

folgen, dabei durch eine neue **Brotpreise**erhöhung ein besonderes Geschäft zu machen. Die **Bäcker** wenden sich gegen ein solches Unterfangen, die Arbeiter als **Vorspann** zu benutzen: Die **Brotpreise** seien schon so erhöht, daß die **Lohn**erhöhung sehr wohl von den **Bäcker**meistern getragen werden könne. Die **Bäcker**meister rechnen aber auf eine besondere Preiserhöhung und da infolge der beabsichtigten **Herauf**hebung der **Brotpreise** ohnehin eine neue **Preiserhöhung** erfolgen muß, soll bei dieser Gelegenheit die neue Erhöhung herbeigeführt werden. Dabei sollen alle die **Bäcker**meister, die nur **Lehr**linge beschäftigen, noch einen **Extravergdienst** einstreichen für angebliche **Lohn**erhöhungen. Die **Sache** dürfte genau im Auge zu behalten sein.

Groß-Berliner Chronik.

Im Zeichen der 9. **Kriegs**anleihe stand die vergangene Woche. In allen Zeitungen prangen große **Inserate** über die ganze Seite, in denen die Bedingungen bekannt gegeben werden, unter denen die **Reunte** angelegt wird. Diese **Inserate** sind für die einzelnen Zeitungsverlage eine hochwillkommene **Einnahmequelle**. Die **Handels**kammer fordert die Arbeitgeber des Bezirks auf, mit aller **Macht** für die **Reunte** Anleihe zu werben, selber reichlich zu zeichnen und vor allem dahin zu wirken, daß auch die **Arbeiter** in den Betrieben recht reichlich Anleihe zeichnen. Zu diesem Zwecke werden die **Firmen** gebeten, den **Arbeiter**n soweit wie möglich, entgegen zu kommen **Tatsächlich** haben **Arbeiter** in der **Hoffnung**, recht lange **Beschäftigung** zu haben, größere **Summen** gezeichnet, die von der **Firma** vorläufig **vorgeschossen**, dann aber **ratenweise** in **Abzug** gebracht werden. Auch die **Schulen** werden wieder **mobilitiert**, die **Lehrerschaft** ist bereits **entsprechend** **instruiert**. Die **öffentlichen** **Kassen** sind im **Begriff**, neue **Gelder** für **Anleihezwecke** herzugeben. So hat der **Berliner** **Magistrat** aus der **Spar**kasse den **Betrag** von 20 **Millionen** **Mark** für die **neunte** **Kriegs**anleihe **gezeichnet**.

Die **Handels**kammer hat sogar ein **Merck**blatt und **Vordrucke** für in den **Arbeits**stätten auszuhängende **Aufrufe** herausgegeben; sie hat auch **Vorsorge** getroffen, daß über den **Erfolg** der **Berbetätigkeit** **berichtet** wird.

Unfreiwilliger **Humor**. Dieser **Tag** gingen uns eine **Anzahl** **Drucksachen** zu, die eines gewissen **unfrei**willigen **Humors** nicht entbehren. Es waren **Propaganda**schriften der verschiedensten Art, alle in einem **Arwert**. Da ist der **Alkohol**gegnerbund, der die **Schädlichkeit** des **Alkohols** auseinandersetzt. Das **schickte** man uns **ausgerechnet** in **jetziger** **Zeit**, wo **beträufende** **Getränke** nahezu **verschwinden** sind. Das **Bier** ist nur noch **gefarbtes** **Wasser**, **betrunken** wird **keiner** werden, **Spirituosen** sind **schändlich** **teurer** und **taugen** auch **dann** **nichts**. **Meibt** noch der **Wein** übrig. Der ist auch **schon** **böse** **getauft**. Der **Weizen** der **Alkohol**gegner **blüht** also **von** **selbst**. Mit dem **Tabak**genuß, vor dem der **Bund** der **Tabak**gegner **warn**t, ist es **nicht** **besser**. Die **Preise** sind **wucherisch** **gestiegen** und man muß **schon** **aus** diesem **Grunde** **Abstinenz** des **Tabak**genusses **werden**. Im **allgemeinen** wird **jedem** **Tabak**raucher das **Rauchen** **verboten** **durch** das **Kraut**, das **heute** **selbst** **gehalten** wird. Für **denjenigen**, der **ger**n eine **Zigarre** oder eine **Pfeife** **Tabak** raucht, ist das **Entbehren** dieses **Genußmittels** eine **schwere** **Entsagung**, aber **wo** **nichts** **ist**, muß auch der **Raucher** **sich** **bescheiden**; einer **besonderen** **Auf**forderung **bedarf** es **da** **nicht** **mehr**.

Und nun gar die **Vegetarier**vereinigung! .. Auch in diesem **Falle** **erübrigt** **sich** **heute** **wohl** eine **Propaganda** für **vegetarische** **Lebensweise**. Wir **sind** **alle** **mehr** oder **minder** **unfrei**willig **Vegetarier** geworden, **segar** **strenge** **Vegetarier**. Die **fleischlose** **Kost** ist uns **gewissermaßen** in **Fleisch** und **Blut** **übergegangen**. **Aber** **Hunderttausende** **kommen** **bei** **dieser** **Kost** **nicht** **zurecht**, sie **ersehnen** **vielmehr** die **Zeit**, wo sie **wieder** ein **Stück** **Fleisch**, **mancher** **Berliner** **sein** **Eis**bein mit **Sauerkohl** **verzehren** **kann** **wie** **früher**. Diese **unfrei**willige **vegetarische** **Kost** ist **nichts** für **schwer**arbeitende **Menschen**.

Der **Berliner** **Arbeiter**-**Schach**-**Club** stellt allen den **Schach**spielern, welche nur **Sonntags** **über** **freie** **Zeit** **verfügen**, ohne **Mitglieds**zwang **Spiele**material **unentgeltlich** **zur** **Verfügung**. Vom 6. **Oktober** an **sieht** **dieses** **jeden** **Sonntag** **vor**mittag **von** 9-1 **Uhr** **zur** **freien** **Benutzung** in **folgenden** **Localen**: **Neu**ßlin (Erwachsene und **Jugendliche**) **Passage**-**Reiß**hof, **Ver**gstr. 151. **Berlin** (Erwachsene) **Logen**-**Restaur**ant, **Kleine** **August**straße 14; (**Jugendliche**) **Berlin** **N.** **Fünftes** **Gesell**schafts**haus**, **Trist**str. 63. **Interessenten** **werden** **kosten**los **angele**hrt und **Gäst**erturniere **veranstaltet**, **bei** **denen** die **Sieger** **Bücher**preise **erhalten**.

Arbeiter-**Samaritaner**kolonne. Der am 30. **September**, **abends** 8 $\frac{1}{2}$ **Uhr**, **bei** **Schulz**, **Königs**graben **Nr.** 2, am **Alexander**platz **beginnende** **Kursus** **bietet** **Gelegenheit**, die **Grundregeln** der **ersten** **Hilfsleistung** **bei** **Un**glücks**fällen** **zu** **erlernen** und **in** den **Grund**zügen der **Kranken**- und **Gesundheits**pflege **unterrichtet** **zu** **werden**. **Wer** **beabsichtigt**, **an** dem **Kursus** **teilzunehmen**, **wolle** **sich** **in** dem **genannten** **Local** **einfinden**. Der **Unterricht** **beginnt** **mit** der **Beschrei**bung **vom** **bau** dem **menschlichen** **Körper**, **dann** **folgen** **im** **Laufe** **des** **Kursus** **weitere** **Vorträge** **über** **alle** **Arten** **von** **Verletzungen** **und** **Verbands**übungen.

Wegen **weiterer** **Ku**stunft **wende** man **sich** **an** den **Vors**thenden **Eustav** **Di**etrich, **Berlin** **NW.** 23, **Klop**stodstr. 25, **Hof** **Ant**z **part**.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schiälerstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.